

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt

09./10. Oktober 2004

BAJ Magdeburg



## Zukunft (Z)

Z1 – Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen-Anhalt 2004-2006	4
Z2 – Zukunft für Sachsen-Anhalt, Leitantrag zum SPD-Landesparteitag	11

## Bildung (B)

B1 – Ablehnung von Studiengebühren	21
B2 – Gegen Studiengebühren!	22
B3 – Keine Einführung einer Zugangsbeschränkung für Gymnasien!	24
B4 – Rauchverbot an Schulen	25
B5 – Änderung des Schülerbeförderungsgesetzes	26
B6 – Änderung der Oberstufenordnung	27
B7 – Ausbildungspakt ist systemschädlich!	28
B8 – Verbesserung der Berufsberatung an Schulen durch die Arbeitsagenturen	29
B9 – Einführung eines Qualifizierungspasses in der Berufsausbildung	30
B10 – Für eine radikale Reform der Weiterbildungsfinanzierung	32
B11 – Nachweis der Fähigkeit zum Erwerb eines Personenbeförderungsscheins	34

## Inneres (I)

I1 – Abbau überflüssiger Subventionen	35
I2 – Bürokratie abbauen!	36
I3 – Kein neues Parkhaus für Landtagsabgeordnete in Sachsen-Anhalt	38
I4 – Schaffung der Stelle eines Polizeibeauftragten	39
I5 – Regelmäßige Überprüfungen bei Führerscheininhabern ab 65 Jahren	41
I6 – ARD soll lokaler werden	42

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt

09./10. Oktober 2004

BAJ Magdeburg



## Internationales (Int)

Int1 – Forderung nach Drängen auf Einhaltung der Menschenrechte 43

## Organisatorisches (O)

O1 – Rechenschaftsbericht der Mitglieder des Landesvorstandes 44

O2 – Beschluss über Tagungsort der Landesdelegiertenkonferenz 45

O3 – Basisaktivitäten honorieren 46

O4 – Finanzielle Unterstützung der Juso-Hochschulgruppen 48

O5 – Die Macht der Antragskommission begrenzen 49

O6 – Einführung der Dickenquote 50

O7 – Frauenquote abschaffen! 51

O8 – Verzicht auf die Verletzung sprachlicher Regeln 52

## Umwelt/Verkehr/Energie (U)

U1 – Mehr Transparenz beim Saale-Kanal 53

U2 – Ökologische Kreisgebietsreform 54

U3 – Bergbaufolgelandschaften nutzen 55

U4 – Luftverkehrskonzept für Sachsen-Anhalt 57

U5 – Abschaffung von „Kunst am Bau“ – Klauseln 58

U6 – Transrapid - Strecke „Hauptstädte-Express“ 59

U7 – Flugbenzin und Schiffsdiesel versteuern! 61

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt

09./10. Oktober 2004

BAJ Magdeburg



## Soziales (S)

S1 – Unterstützung der Forderungen des Volksbegehrens zur Kinderbetreuung	62
S2 – Finanzierung von KiTa-Plätzen	63
S3 – Feststellenprogramm fortsetzen!	64
S4 – Solidarische Bürgerversicherung einführen!	66
S5 – Bürgerversicherung vor der Wahl 2006 einführen!	69
S6 – Einrichtung eines Arbeitskreises zur Erarbeitung eines Rentensystems sozialdemokratischen Typs	70
S7 – Legalisierung von Cannabis	72

## Wirtschaft (W)

W 1 – Durchführung einer wissenschaftlich fundierten Bedarfsprüfung zur Festlegung des Regelsatzes für die Zahlung des ALG II	73
W2 – Überprüfung und Angleichung der Bedarfssätze von Beziehern staatlicher Leistungen	74
W3 – Mit Änderungen an Hartz IV die SPD retten!	75
W4 – Für mehr Transparenz in der Wirtschaft und gegen Verflechtung von Interessen	78
W5 – Spitzensteuersatz erhöhen!	79
W6 – Für eine gerechte Steuerreform	80
W7 – Verbot einer Kinder ansprechenden Werbung	81
W8 – Förderung des Boule-Sports in Sachsen-Anhalt	82

### **Ergänzung der 1. Auflage:**

B12 - Moderne Qualitätssteigerung und Qualitätssicherung an den Schulen	83
---	----

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



- 1 Antrag: **Z1**  
2 Antragsteller: Landesvorstand  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen-Anhalt 2004-2006**

### 5 **A Grundlegendes**

#### 6 **Einleitung**

7 Wir sind der Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen in der SPD in  
8 Sachsen- Anhalt. Aus diesem Verständnis heraus orientieren wir unser politisches  
9 Handeln an den Grundsätzen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir treten dafür  
10 ein, dass jeder Mensch die Möglichkeit erhält, sein Leben entsprechend seinen Neigungen  
11 und Fähigkeiten in eigener Verantwortung frei zu gestalten. Nicht die finanzielle  
12 Gleichschaltung aller kann das Ziel unserer Politik sein, vielmehr heißt es darauf  
13 hinzuarbeiten, allen Menschen gleiche Ausgangsbedingungen - zum Beispiel im Bereich  
14 der Bildung oder der Umwelt - zu gewähren. Wir erkennen unterschiedliche  
15 Lebensentwürfe, -ziele und -situationen als eine der Grundlagen für gesellschaftlichen  
16 Fortschritt an und fordern gleichzeitig einen verbesserten sozialen Ausgleich. Alle  
17 Menschen am gesellschaftlichen Fortschritt teilhaben zu lassen – das ist in unseren Augen  
18 sozialdemokratische Politik. Nicht in der Verteufelung von Fortschritt und  
19 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand, sondern in der Möglichkeit aller, daran zu  
20 partizipieren, liegt der Schlüssel, Armut und Diskriminierung zu bekämpfen und  
21 gesellschaftliche Solidarität zu organisieren.

22 Als Jugendverband dürfen wir nicht passiv bleiben, wir müssen selbst zu Trägern  
23 gesellschaftlicher Verantwortung werden. Dabei konzentrieren wir unser Wirken nicht  
24 ausschließlich auf „klassische“ Themen wie Bildung oder dem Kampf gegen  
25 Rechtsradikalismus, sondern entwickeln auch in anderen Politikfeldern, beispielsweise der  
26 Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der Umweltpolitik oder der Sozialpolitik,  
27 zukunftsfähige Problemlösungen.

#### 28 **Die Jusos und die SPD**

29 Als Jugendorganisation in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben wir die  
30 Aufgabe, das politische Handeln der SPD gerade unter dem Blickpunkt der  
31 Lebenschancen heutiger und zukünftiger Generationen kritisch zu begleiten und  
32 gegebenenfalls auf Missstände und Fehlentwicklungen hinzuweisen. Wir sind nicht das  
33 Verkündungsorgan der SPD, sondern eine Arbeitsgemeinschaft mit eigenen Ideen und  
34 Konzepten. Allerdings lehnen wir es ab, uns an populistischen Aktionen zu beteiligen,

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004

BAJ Magdeburg



1 statt dessen tragen wir unsere Vorstellungen einer gerechten Politik im Rahmen  
2 konstruktiver Debatten in die Partei hinein.

3 Genauso wichtig ist es aber auch, die Kompromisse, wenn sie denn einmal erarbeitet  
4 wurden, auch glaubwürdig in die Partei und die Gesellschaft hinein zu vertreten. Hier  
5 heißt es für uns, gegen den Trend anzugehen, lediglich einzelne Elemente unserer Politik  
6 herauszugreifen und zu kritisieren. Wir dürfen uns nicht von der (medialen)  
7 Untergangsstimmung ergreifen lassen. Nur gemeinsam können wir die SPD aus ihrer  
8 derzeitigen Krise führen und eine zukunftsfähige Politik entwickeln.

## 9 **Wir in der Gesellschaft**

10 Als Jugendverband vertreten wir die Interessen junger Menschen. Um unser politisches  
11 Handeln auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen, streben wir die Zusammenarbeit  
12 mit anderen Jugendverbänden an, vorausgesetzt, sie verfolgen das Ziel einer offenen und  
13 demokratischen Gesellschaft. Auch für den Prozess der Mitgliedergewinnung und –  
14 bindung stellt die Kooperation mit anderen Verbänden ein unverzichtbares Mittel dar.

15 Gerade in Zeiten, in denen alle gesellschaftlichen Organisationen einen  
16 Mitgliederschwund zu verzeichnen haben, müssen wir die Jugendlichen aus ihrer  
17 konkreten Lebenssituation heraus für ein Engagement bei den Jusos gewinnen. Hierzu ist  
18 auch die Arbeit im nichtpolitischen Bereich ein wichtiges Instrument, wie zum Beispiel die  
19 Organisation von Konzerten, Sportfesten oder ähnlichen Veranstaltungen. Hierbei ergibt  
20 sich die Gelegenheit, uns und unsere Arbeit denjenigen jungen Menschen vorzustellen,  
21 die wir über Mitgliederversammlungen und politische Foren kaum erreichen.

## 22 **Die drei Ebenen unserer Arbeit**

23 Wir, der Landesverband der Jusos Sachsen-Anhalt, konzentrieren unsere Arbeit auf drei  
24 Ebenen. Wir unterstützen die Kreisverbände bei ihrer politischen Arbeit – sie bilden das  
25 Fundament unseres Verbandes und bestimmen die Inhalte und Richtung unserer Arbeit.  
26 Des weiteren bietet die Kommunalpolitik viele Entfaltungsmöglichkeiten für junge  
27 Menschen, die ihre Lebensumwelt direkt vor Ort mitgestalten möchten.

28 Nicht weniger wichtig ist eine regelmäßige und kritische Analyse der Landespolitik.  
29 Gerade als Landesverband müssen wir uns konstruktiv in diese Angelegenheiten  
30 einbringen – schließlich sind wir es, die in wenigen Jahren mit den Folgen der heutigen  
31 Politik unser Leben in diesem Land bestreiten müssen.

32 Der dritte wichtige Aspekt unserer Arbeit ist die Bundespolitik. Auf der Ebene des  
33 Bundesverbandes der Jusos können wir zusammen mit anderen Landesverbänden unsere  
34 Vorstellungen einer gerechten Politik darstellen. Auch wenn Sachsen-Anhalt allein kaum  
35 Möglichkeiten des politischen Einflusses im Bundesverband leisten kann, werden wir für  
36 gute Konzepte immer Kooperationspartner suchen. In diesem Zusammenhang begrüßen

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 wir das Forum „Ostgipfel“ von seiner Intention her, legen jedoch großen Wert auf die  
2 Zusammenarbeit mit allen Landesverbänden die uns politisch nahe stehen, unabhängig  
3 von der geographischen Lage innerhalb Deutschlands.

## 4 **B Die inhaltliche Arbeit der Zukunft**

### 5 **Ran an die Neumitglieder**

6 Die Gewinnung neuer Mitglieder ist eine wichtige Voraussetzung für die Realisierung  
7 unseres Selbstverständnisses und stellt daher dauerhaft unser wichtigstes Projekt dar. Die  
8 Jugendlichen, die den Weg zu uns finden müssen noch besser und stärker in unsere  
9 Arbeit und Diskussionen eingebunden werden. Daher müssen wir uns besser und  
10 deutlicher darstellen.

11 Kernstück dieses Bestrebens ist eine regelmäßig durchzuführendes Neumitgliederseminar.  
12 Diese mehrtägigen Seminare sollen losgelöst von der gleichgerichteten SPD-Veranstaltung  
13 stattfinden. In Form dieser gesellschaftlichen und politischen Veranstaltung sollen vor  
14 allem Kontakte zwischen Neumitgliedern unterschiedlicher Kreisverbände aufgebaut  
15 werden. Nur unter dieser Voraussetzung können Ideen für übergreifende Jugendprojekte  
16 entwickelt und durchgeführt werden. Außerdem bietet sich in diesem Rahmen die erste  
17 Möglichkeit die Gremien der Jusos- wie Landesausschuss, Landesvorstand und  
18 Bundesvorstand- kennen zu lernen. Vertreter dieser Gremien sind daher immer  
19 einzuladen und persönlich einzubinden. Nur so kann eine nachhaltig wirkende  
20 Motivation zur aktiven Jusoarbeit geweckt werden.

21 Das zweite Standbein dieser Neumitgliederbetreuung soll ein zu erarbeitender Juso-  
22 Reader sein. Hier sollen allen wichtigen Organe der Jusoarbeit vorgestellt werden.  
23 Zusätzlich sind hier Kontaktdaten zu Stadt- und Kreisverbänden und Ansprechpartner der  
24 Landes- und Bundesebene aufzuführen. Neben einer Kurzdarstellung von Projekten und  
25 Arbeitskreisen der Jusos soll den Stadt- und Kreisverbänden die Möglichkeit gegeben  
26 werden, sich vorzustellen.

27 Der Reader soll jedem Neumitglied beim Seminar als Druckausgabe ausgehändigt  
28 werden. Des weiteren soll der Reader als ständig aktualisierter Download auf der  
29 Homepage der Jusos Sachsen-Anhalt für jedermann abrufbar sein.

30 Mit diesen beiden Angeboten sollen unsere Neumitglieder schnell integriert und für ihr  
31 Engagement standfest gemacht werden.

### 32 **Projekte**

33 Die inhaltliche Arbeit wird auch in Zukunft die wichtigste Aufgabe des Landesverbandes  
34 sein. Jede Zeit stellt eigene Fragen und braucht eigene Antworten. Die Jusos müssen zu  
35 wichtigen Vordenkern und Gestaltern der neuen Zeit werden. Aus diesem Grund müssen

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 wir uns fragen, bei welchen Themen wollen wir unsere Stärken einbringen? Auf welchen  
2 Politikebenen und in welchen Politikbereichen müssen wir besonders darauf achten, dass  
3 politische Entscheidungen zukunftsfähig sind und nachhaltig wirken. Nachhaltigkeit  
4 bedeutet, den politischen Spielraum kommender Generationen zu erweitern. Im Bereich  
5 Umwelt, Verkehr und Energie, sowie Wirtschaft und Soziales kann hier bereits auf eine  
6 langjährige Arbeitserfahrung zurückgegriffen werden. Die hierbei erworbenen Kenntnisse  
7 und Kontakte bilden eine Grundlage auf der weitergearbeitet werden soll und muss. In  
8 anderen Themenbereichen muss diese Vorarbeit erst noch geleistet werden. Für die  
9 kommenden zwei Jahre unterteilt sich die Arbeit daher in folgende Arbeitskreise.

- 10 a) Umwelt, Verkehr und Energie  
11 b) Wirtschaft und Soziales  
12 c) zukunftsorientierte Jusoarbeit  
13 d) Rechtsextremismus

14 Die Arbeitskreise sind in ihrer Organisation eigenständig und koordinieren ihre Arbeit  
15 autonom. Dazu wird die Auftaktveranstaltung vom Landesvorstand in Zusammenarbeit  
16 mit dem bestehenden Arbeitskreis vorbereitet und durchgeführt. Die weitere Arbeit soll  
17 losgelöst vom Landesvorstand stattfinden. Empfehlungen für die Arbeit richten sich an  
18 folgendem Muster aus:

- 19 • Die Mitarbeit muss jedermann ermöglicht werden.  
20 • Die Behandlung von Themen und Fragestellungen erfolgt in Foren und Seminaren.  
21 Diese können ein- und mehrtägig sein.  
22 • Die Ergebnisse müssen nachhaltig (Sitzungs- und Veranstaltungsprotokolle)  
23 dokumentiert werden.

24 Die Koordination der Arbeitskreise obliegt dem Koordinator, welcher aus den eigenen  
25 Reihen zu wählen ist. Entscheidend für zukunftsfähige Arbeit des Arbeitskreises ist es,  
26 nachhaltige Strukturen für thematische Diskussionen zu schaffen. Eine Orientierung am  
27 Modell der Bundesumbauwochenenden wäre dabei wünschenswert.

28 Für unsere Arbeit wird es aber auch wichtig sein, dass wir verstärkt Kontakt zu Juso /  
29 SPD nahen Organisationen Kontakt halten und vertiefen. Angestrebt wird insbesondere  
30 eine Zusammenarbeit mit den „Falken“, der „Gewerkschaftsjugend“ und der „AWO-  
31 Jugend“. Vor allem im thematischen Austausch können hier neue Ideen für Konzepte der  
32 Jugendarbeit entwickelt werden.

## 33 Innerverbandliche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

34 Die verstärkte Darstellung und Wahrnehmung unserer Arbeit in der Öffentlichkeit ist eine  
35 Zielsetzung für die nächsten zwei Jahre. Neben der Pressearbeit im üblichen Sinne, soll  
36 das Internet als Darstellungs- und Kommunikationsmittel in den Vordergrund rücken.

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt

09./10. Oktober 2004

BAJ Magdeburg



1 Dabei bauen wir auf Erfahrungen der letzten Jahre, die deutlich machen, das eine  
2 aktuelle und modernen Darstellung über das Internet notwendig und nützlich ist.

3 Auf dieser Grundlage soll das Angebot auf der Homepage erweitert werden. Neben dem  
4 schon existierenden Punkten soll z.B. auch den Stadt- und Kreisverbänden die Möglichkeit  
5 gegeben werden, sich über die Landesseite zu präsentieren. Diese zeitlich begrenzte  
6 Darstellung soll nach Außen die Strukturierung und aktive Arbeit im Land verdeutlichen.  
7 Dabei ist nicht außer Acht zu lassen, dass eine eigene Internetpräsentation der Stadt- und  
8 Kreisverbände wünschenswert und bis heute noch nicht immer vorhanden ist. Weiterhin  
9 soll die Homepage mit Forum und Gästebuch verstärkt als Kommunikationsmittel genutzt  
10 werden und somit die Zusammenarbeit der Stadt- und Kreisverbände stützen und  
11 Synergieeffekte bei der inhaltlichen Arbeit erzielen.

12 Das Internet als Forum der Außendarstellung ist die beste Möglichkeit gerade die  
13 jugendlichen Zielgruppen zu erreichen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die  
14 Homepage ständig aktuell und inhaltlich abwechslungsreich gehalten wird. Hier steht  
15 insbesondere der Landesvorstand in der Verantwortung auf aktuelle Geschehnisse zeitnah  
16 zu reagieren und diese publik zu machen.

17 Ebenso bleibt gleich, dass der Eierwurf als Download auf der Homepage zu Verfügung  
18 steht. Der Eierwurf stellt nach wie vor im Landesverband einen wesentlichen Bestandteil  
19 der Pressearbeit dar. Dabei sollte die Aktualität und die Erscheinungshäufigkeit gesteigert  
20 werden. Weiterhin sollten die Stadt- und Kreisverbände den Eierwurf mehr dazu nutzen,  
21 sich und ihre Arbeit vorzustellen und somit Einblicke in die Arbeit zu bieten. Somit kann  
22 die Arbeit aller für alle transparenter gestaltet und die Zusammenarbeit gefördert werden.

## 23 **SONA – Es geht weiter**

24 Die zahlreichen Kandidaturen von Jusos bei der Kommunalwahl haben gezeigt, dass es  
25 viele junge Leute gibt, die politisch engagiert sind und dies auch in den Parlamenten  
26 vertreten wollen. Genau diese jungen Menschen sollen auch in den kommenden Jahren  
27 eine Chance bekommen in die Parlamente gewählt zu werden. Daher ist eine  
28 Weiterführung der SONA dringend erforderlich. Auf diese Weise können wir die  
29 Chancen junger Kandidaten erhöhen, da ihnen entscheidendes Wissen vermittelt wird.  
30 Nur so können wir dazu beitragen, dass der Anteil von jungen Politikern zukünftig  
31 wächst. Außerdem werden wir die SPD auffordern, nicht nur die Gleichbehandlung von  
32 Frauen, sondern auch von jungen Leuten zu fördern.

## 33 **C Offene Strukturen in unserem Landesverband**

### 34 **Transparenz durch mehr Zusammenarbeit**

35 Ein guter Landesverband zeichnet sich durch gut funktionierende Stadt- und  
36 Kreisverbände aus. Es ist aber nicht das Ziel, dass die einzelnen Stadt- und



# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Kreisverbände für sich allein gut arbeiten. Die einzelnen Teile müssen dafür  
2 zusammengeführt werden. Hier ist der Landesausschuss in der Verantwortung diese  
3 Zusammenführung zu realisieren. Um den Informationsfluss zwischen Landesausschuss  
4 und Landesvorstand zu verbessern, sollte an dieser Stelle enger zusammen gearbeitet  
5 werden. Gemeinsame Sitzungen von Landesausschuss und Landesvorstand sollten hier  
6 das Ziel sein. Somit haben die Stadt- und Kreisverbände über die Kreisbestreuung hinweg  
7 auch die Möglichkeit mit den gesamten Landesvorstand ins Gespräch zu kommen. Von  
8 Seiten des Landesvorstands kann somit auch eine verstärkte Öffentlichkeit seiner Arbeit  
9 bewirkt werden.

10 Bei der Arbeit in Stadt, Kreis und Land sollte auch der Blick für den Bund nicht verloren  
11 gehen. Deshalb sollten Vertreter des Bundesvorstandes eingeladen und in unsere  
12 Diskussionen eingebunden werden.

13 Durch das ständige Zusammenwirken der drei Ebenen und das Darstellen der jeweiligen  
14 Arbeit kann die Transparenz und das gegenseitige Verständnis gefördert werden.

## 15 **Landesvorstand**

16 Der Landesvorstand der AG der Jusos in der SPD ist verantwortlich für die Umsetzung der  
17 Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenzen. Er koordiniert und organisiert den  
18 Landesverband, beschließt über politische Angelegenheiten, positioniert sich gegenüber  
19 der SPD und berät die Stadt- und Kreisverbände der Jusos.

20 Im wesentlichen obliegt dem/der Landesvorsitzenden in Verbindung mit dem Arbeitskreis  
21 Aktuelles die Wahrnehmung der Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Jedoch können die  
22 Stellvertreter/innen, bzw. die Leiter der Arbeitsgruppen im Rahmen ihres Arbeitsfeldes, zu  
23 Zwecken der Selbstdarstellung der Arbeitsgruppe oder nach Vorlage und Kenntnissetzung  
24 des Landesvorstandes, eigene Maßnahmen zur Durchführung öffentlicher Darstellung  
25 wahrnehmen.

26 Die Zusammensetzung und weiteren Aufgaben des Landesvorstandes regeln die  
27 Richtlinien der Jusos Sachsen-Anhalt.

## 28 **Landesausschuss**

29 Der Landesausschuss als höchstes beschlussfassendes Organ zwischen den  
30 Landesdelegiertenkonferenzen, vertritt die Interessen der Stadt-, Kreis- und  
31 Regionalverbände. Es kontrolliert und korrigiert (ggf.) die Beschlüsse des  
32 Landesvorstandes und versteht sich selbst als eine Plattform zum Zwecke des Austausches  
33 von Informationen.

34 Bezüglich der Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms innerhalb der SPD koordiniert  
35 er im Landesverband die Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der Debatte und

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



1 unterstützt die Untergliederung bei der Erarbeitung eigener Ansprüche. Zusätzlich sind  
2 sämtliche Mitglieder des Landesvorstandes als Gäste zu den Sitzungen zu laden. Die  
3 Zusammensetzung und weiteren Aufgaben des Landesausschuss regeln die Richtlinien der  
4 Jusos Sachsen Anhalt.

## 5 Die Hochschulgruppen der Jusos

6 Zukunftsorientierte linke Politik an den Schulen und Hochschulen hat nur dann eine  
7 Chance, wenn es Menschen gibt, die sie entwickeln und umsetzen wollen. Daher ist das  
8 Engagement der Hochschulgruppen eine Grundvoraussetzung, junge Menschen an ihrem  
9 direkten Lehr- und Lebensumfeld für die Auseinandersetzung in politischen Prozessen zu  
10 motivieren, ihnen eigene Positionen und Ansprechpartner vorzustellen sowie neue  
11 Mitglieder und Sympathisanten zu gewinnen.

12 Die Hochschulgruppen entsenden einen Vertreter in den Landesvorstand. Der Vertreter  
13 der Hochschulgruppen der Jusos nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des  
14 Landesvorstandes teil und hat Antrags- und Rederecht. Dahingehend müssen gerade die  
15 bestehenden Hochschulgruppen stabilisiert und weitere aufgebaut werden.

16 Die Hochschulgruppen der Jusos sind in ihrer Arbeitsweise autonom.

## 17 Landesbüro

18 Das Landesbüro ist die Anlaufstelle aller Jusos in Sachsen-Anhalt. Es ist gleichermaßen  
19 Informationsbörse, Materialausgabe, Organisations- und Pressestelle. Die wichtigste  
20 Aufgabe der Landesgeschäftsführung der Jusos ist die politische Bildung im Rahmen des  
21 Landesverbandes.

22 Begründung: erfolgt mündlich

23

---

24 Notizen während der Debatte:

25

26

27

28 Abstimmungen:                      Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

29 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



- 1 Antrag: **Z 2**  
2 Antragsteller: Beschluss des SPD-Landesvorstands Sachsen-Anhalt  
3 vom 30.08.2004, Juso-Landesvorstand

4 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

5 **Leitantrag der SPD zum Landesparteitag**  
6 **am 29./30.10.2004 in Aschersleben**  
7 **„Zukunft für Sachsen-Anhalt“**

8 **Regierungsfähigkeit mit klarer Perspektive**

9

10 Die SPD Sachsen-Anhalt bestimmt die Zukunftsdebatte in unserem Land. Nicht erst mit  
11 dem Papier „Sachsen-Anhalt 2020“ haben wir realistische und belastbare  
12 Rahmenbedingungen aufgezeigt und erste Antworten auf die vielfältigen, schwierigen  
13 und drängenden Zukunftsfragen gegeben. Die Debatte darüber wird weitergehen und in  
14 unser Wahlprogramm einfließen. Damit stellen wir nicht nur erneut unsere  
15 Regierungsfähigkeit unter Beweis, sondern melden auch unseren Anspruch an, denn  
16 unser Land braucht klare Perspektiven und gute Zukunftsaussichten.

17 CDU und FDP stehen nicht für eine zukunftsgerichtete Politik in Sachsen-Anhalt, ebenso  
18 wenig wie die zunehmend populistischere PDS, die vor allem auf Protest setzt. Im Jahr  
19 2006 muss die SPD wieder in Regierungsverantwortung. Dafür kämpfen wir mit einem  
20 fairen und realistischen Angebot an die Wähler.

21 Wir rücken die Themen Wirtschaft und Arbeit, Familie sowie Bildung und Ausbildung ins  
22 Zentrum. Dies bedeutet gleichzeitig den Verzicht auf manches bisher unumstrittene Projekt  
23 in anderen Politikbereichen, zum Beispiel bei der Infrastrukturentwicklung.

24 **Unser Land ist unter Schwarz-Gelb nicht vorangekommen**

25 Große Versprechen und markige Worte haben mit dazu beigetragen, dass CDU und  
26 FDP die letzte Landtagswahl für sich entschieden haben. Seither bestimmen eher Stillstand  
27 oder gar Rückschritt die Entwicklung unseres Landes. Wenn ein Ministerpräsident zwar  
28 Probleme anspricht, aber gleichzeitig keine energischen Schritte unternimmt, sie zu lösen,  
29 verliert er seine Glaubwürdigkeit. Die derzeitige Landesregierung ist nur schlecht in der  
30 Lage, das Alltagsgeschäft zu bewältigen. Höhere Arbeitslosigkeit, steigende  
31 Verschuldung, sinkende Investitionsausgaben, Sozialabbau ohne Perspektive,

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt

09./10. Oktober 2004

BAJ Magdeburg



1 verschleppte Kommunal- und Gebietsreform sind Belege dafür. Diese Landesregierung hat  
2 keine Perspektive für unser Land. Wir kämpfen für einen Wechsel, der Zukunft eröffnet.

## 3 **Unser Schwerpunkt: Die Chancen der heranwachsenden Generationen**

4 Unser Hauptaugenmerk gilt der Zukunft der Jugend in Sachsen-Anhalt. Ihre Chancen sind  
5 die Chancen unseres Landes. Sie brauchen eine hochwertige, moderne Ausbildung und  
6 eine gute Perspektive in der Arbeitswelt. Auch deshalb ist uns an einer dynamischen  
7 Entwicklung unserer Wirtschaft gelegen. Alles, was wir in dieser Hinsicht tun, wird auch  
8 anderen Generationen zugute kommen. Wir müssen erreichen, dass die Menschen gerne  
9 hier leben und gerne hier bleiben. Das ist auch nötig, weil die zurückgehende  
10 Bevölkerungszahl das gravierendste Zukunftsproblem ist.

11 Dem müssen wir uns aktiv stellen, in dem Bewusstsein, dass es in Sachsen-Anhalt zu  
12 differenzierter Entwicklung in den einzelnen Regionen kommen wird. Zentren und  
13 ländliche Räume werden immer mehr spezifische Vor- und Nachteile ausbilden.  
14 Öffentliche Aufgaben wie der ÖPNV, Kinderbetreuung oder Schulbildung müssen vor Ort  
15 unterschiedlich gelöst werden. Die mancherorts unvermeidlichen Schrumpfungsprozesse  
16 bieten auch Chancen für die Menschen in Sachsen-Anhalt, etwa bei der weiteren  
17 Sanierung der Umwelt, der besseren Entwicklung des Tourismus und in der  
18 Landwirtschaft.

19 Die enger werdenden finanziellen Spielräume fordern von uns eine Prioritätensetzung.  
20 Darüber müssen wir offen reden. Wenn es um Zukunft geht, dann ist klar: Es geht um  
21 Arbeit, also um wirtschaftliche Entwicklung. Es geht um Familien. Es geht um Bildung, also  
22 um Kindereinrichtungen, Schulen, Hochschulen und Ausbildung. Die  
23 Zukunftsarbeitsgruppe der SPD Sachsen-Anhalt wird dazu weitere Antworten geben.

## 24 **Die Wirtschaftsentwicklung positiv beeinflussen**

25 Basis zukunftsorientierter sozialdemokratischer Politik ist vor allem die Entwicklung der  
26 Wirtschaft und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Erfolgreiche Unternehmen schaffen  
27 Arbeitsplätze und Wachstum. Das wiederum bringt Steuereinnahmen und finanzielle  
28 Spielräume. Dieser Kreislauf ist in einer globalisierten Welt kein Automatismus, aber eine  
29 Bedingung gesellschaftlichen Fortschritts. In Sachsen-Anhalt gibt es bisher noch zu wenig  
30 erfolgreiche Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen. Unser Hauptaugenmerk liegt  
31 daher auf der Stärkung der bestehenden und auf der Ansiedlung neuer Unternehmen.

32 Aber auch hier zwingt die Haushaltslage zur Konzentration. Schwerpunkt unserer  
33 Wirtschaftspolitik ist die Unterstützung von Investitionsvorhaben, die zusätzliche  
34 Arbeitsplätze schaffen oder Standorte dauerhaft sichern. Keine Region des Landes wird  
35 aus der Förderung einzelbetrieblicher Investitionen ausgeschlossen. Aber die  
36 Wachstumszentren in Sachsen-Anhalt sollen in besonderem Maße gefördert werden, um  
37 die Investitionsdynamik zu befördern.

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Infrastrukturentwicklung „auf Vorrat“ können wir uns nicht mehr leisten. Künftige  
2 Infrastrukturmaßnahmen müssen ausdrücklich auf ihre positiven Auswirkungen auf die  
3 regionale Wirtschaft überprüft werden. Klar ist gleichzeitig, dass die großen  
4 strukturbestimmenden Projekte (etwa Nordverlängerung der A14, A 38, A 143, B6n)  
5 zügig verwirklicht werden müssen.

6 Wirtschaftlich erfolgreich wird unser Land nur sein, wenn es gelingt, die  
7 Innovationsfähigkeit der Unternehmen gezielt zu stärken. Aus diesem Grund müssen  
8 technologieorientierte Existenzgründungen und innovative Unternehmen besondere  
9 Unterstützung erfahren. Wir werden verstärkt Forschungsnetzwerke und die Kooperation  
10 von Wirtschaft und Wissenschaft fördern, vor allem in den Zukunftstechnologien.

## 11 **Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik**

12 Die SPD Sachsen-Anhalt hält die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung für  
13 notwendig. Die Zusammenführung zweier steuerfinanzierter Hilfesysteme wird mehr  
14 Menschen in Beschäftigung bringen, Kommunen und Arbeitsagenturen auf Dauer deutlich  
15 von Bürokratie entlasten und die Vermittlung verbessern.

16 Die gesetzliche Festlegung, dass jedem jungen Menschen unter 25 Jahren ein konkretes  
17 Arbeits- oder Qualifizierungsangebot gemacht werden muss, ist eine große  
18 Herausforderung. Im Osten Deutschlands aber sind besondere Anstrengungen und eine  
19 konsequente Evaluation der Umsetzung erforderlich, um die Reform zu einem Erfolg zu  
20 führen. Das richtige Prinzip „Fordern und Fördern“ kann derzeit auf Grund  
21 unzureichender Arbeitsplatzgebote nur eingeschränkt zur Geltung kommen.

22 Wir brauchen deshalb zusätzliche Aktivitäten der Bundesagentur für Arbeit, des Landes,  
23 der Kommunen, der Unternehmen und der Verbände. Alle sind aufgerufen, die  
24 Möglichkeiten aktiver Arbeitsmarktpolitik zu nutzen und Arbeitsangebote zu unterbreiten.  
25 Dabei haben für uns Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt Priorität. Für ältere  
26 Langzeitarbeitslose über 55 Jahre wollen wir die Weiterführung des von der SPD-  
27 Landesregierung 2001 entwickelten Programms „Aktiv zur Rente“.

28 Trotz der derzeit hohen Arbeitslosigkeit wird es in spätestens fünf Jahren durch  
29 Abwanderung und demografische Entwicklungen zu einem verstärkten Fachkräftemangel  
30 kommen. Dem müssen wir vorausschauend begegnen. Wichtigstes Instrument ist hier die  
31 betriebliche Ausbildung. Noch gibt es in Sachsen-Anhalt deutlich zu wenige  
32 Ausbildungsplätze in diesem Bereich. Dies liegt vor allem daran, dass es in unserem Land  
33 zu wenig Unternehmen gibt. Die schwierige Ausbildungssituation wird sich erst gegen  
34 Ende des Jahrzehnts entspannen. Solange Betriebe nicht ausreichend ausbilden, müssen  
35 wir verstärkt die Verbundausbildung und betriebsübergreifende Kooperationen fördern.  
36 Die öffentliche Förderung des Bundes für zusätzliche Ausbildungsplätze muss erhalten  
37 bleiben.

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt

09./10. Oktober 2004

BAJ Magdeburg



1 Nur wenn die Chancen, die in den Arbeitsmarktreformen stecken, konsequent genutzt  
2 werden und bei der Umsetzung die besondere Situation der Menschen im Osten  
3 berücksichtigt wird, können auch die Ängste der Bürgerinnen und Bürger abgebaut  
4 werden. Die SPD in Sachsen-Anhalt fühlt sich verpflichtet, die Belange des Ostens  
5 konsequent in die bundesdeutsche Diskussion einzubringen.

## 6 **Förderung und Bildung bereits im Kindesalter**

7 Kinder haben ein Recht auf umfassende und hochwertige Förderung und Bildung. Dies zu  
8 gewährleisten, ist gleichermaßen Aufgabe der Familien und der gesamten Gesellschaft.  
9 Eine vorausschauende Politik muss die Familien stärken und gleichzeitig die  
10 Kinderbetreuung und -förderung sowie altersgemäße Bildungsangebote für Kinder und  
11 Jugendliche auf hohem Niveau sicherstellen.

12 Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich deshalb für eine Veränderung des geltenden  
13 Kinderförderungsgesetzes aus. Unser Vorschlag einer Erweiterung des Rechtsanspruches  
14 auf Teilzeitbetreuung von fünf auf sieben Stunden stellt eine verlässliche Lösung dar, die  
15 das Wohl der Kinder berücksichtigt, die dauerhaft finanzierbar ist und die Förderung der  
16 Kinder vom Status der Eltern unabhängig macht. Der vorschulischen Bildung messen wir  
17 eine hohe Bedeutung bei. Die Anforderungen an die Qualifikation von Erzieherinnen und  
18 Erziehern müssen daher steigen.

19 Kinderförderung ist aber nicht nur für die Jüngsten nötig. Seit dem Regierungswechsel  
20 sind neben den Einsparungen bei der institutionellen Kinderbetreuung und -förderung  
21 zusätzliche finanzielle Einschnitte in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und in der  
22 Familienförderung beschlossen worden.

23 Für die SPD ist aber der Blick auf die Verbesserung und die Förderung von  
24 Lebenschancen bei Kindern und Jugendlichen aller Altersstufen wichtig. Deshalb streben  
25 wir für die Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit einschließlich  
26 Schulsozialarbeit und Hilfen für Familien streben wir ein integriertes Programm an.  
27 Darüber hinaus unterstützen wir aktiv die Bildung von Bündnissen für Familien in  
28 Kommunen und auf Landesebene.

## 29 **Bildung und Ausbildung fördern**

30 Das grundlegende Ziel unserer Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt besteht darin, jedem  
31 Kind und jedem Jugendlichen, unabhängig von der sozialen Herkunft, die individuell  
32 bestmögliche Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Hierfür bedarf es eines  
33 Bildungssystems, das Chancengleichheit und Durchlässigkeit gewährleistet. Das von der  
34 CDU/FDP-Landesregierung immer restriktiver organisierte gegliederte Schulsystem mit  
35 einer frühzeitigen Bildungswegetrennung wird diesen Ansprüchen nicht gerecht. Die  
36 Befunde der PISA-Studie und die sichtbaren Defizite des 1990 kritiklos übernommenen  
37 gegliederten Schulsystems bestärken uns in der Auffassung, dass eine längere

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 gemeinsame Schulzeit bessere Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen  
2 bereithält.

3 Allerdings sind nach der Vielzahl von Strukturveränderungen in Sachsen-Anhalt während  
4 der letzten Jahre erneute tief greifende Strukturveränderungen in absehbarer Zeit den  
5 Schülern, Eltern und Lehrkräften nicht zuzumuten. Eine derart grundlegende  
6 Bildungsreform sollte länderübergreifend vorbereitet und umgesetzt werden. Bis dahin  
7 benötigen die Schulen verbesserte Rahmenbedingungen, die sie stärker als bisher in die  
8 Lage versetzen, eine möglichst große Anzahl an verschiedenen Bildungsabschlüssen  
9 anzubieten. Diese Zielstellung gewinnt an Gewicht, da infolge des starken  
10 Schülerrückganges die Schulentwicklungspläne der Landkreise und kreisfreien Städte u. a.  
11 die Schließung jeder zweiten Sekundarschule vorsehen. Die Vereinfachung der  
12 Voraussetzungen zur Bildung von Gesamtschulen und von Schulverbänden kann im  
13 ländlichen Raum dazu beitragen, die teilweise über der Zumutbarkeitsgrenze liegenden  
14 Fahrzeiten zu reduzieren. Wenn die Schullaufbahnentscheidung von der Erreichbarkeit  
15 der gewünschten Schulform wesentlich beeinflusst wird, werden Bildungschancen  
16 eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund ist eine Absenkung der Richtwerte zur Schulgröße  
17 im ländlichen Raum notwendig und in Abstimmung mit den Schulträgern umzusetzen.

18 Zur Wahrnehmung von Bildungschancen zählt insbesondere ein schulischer Abschluss für  
19 alle Jugendlichen. Die hohe Anzahl von Schulabgängern ohne Abschluss ist ein  
20 gesellschaftliches Problem, das für den Einzelnen eine starke Einschränkung der  
21 Entfaltung der Persönlichkeit nach sich zieht und der Volkswirtschaft schadet. Hier muss  
22 ein Gesamtkonzept entwickelt und umgesetzt werden, das Schülerinnen und Schülern, die  
23 ihren Lernzugang über praxisorientierte Bildungsangebote finden, neue Möglichkeiten des  
24 Schulabschlusses bietet.

25 Die Verbesserung schulischer Arbeit wird auch davon abhängig sein, inwieweit es  
26 gelingt, den Schulen eine größere Eigenständigkeit zu übertragen. Da die Qualität der  
27 schulischen Bildung und Erziehung nicht nur von Art und Umfang der schulischen  
28 Angebote abhängt, sondern auch von den Bedingungen, unter denen Unterricht  
29 stattfindet, muss ein Schulsanierungsprogramm mit privater Finanzierung und  
30 Landesmitteln zur Unterstützung der Schulträger entwickelt werden.

## 31 **Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Sachsen-Anhalt**

32 Die von der gegenwärtigen Landesregierung für die Hochschulen beschlossene Kürzung  
33 von zehn Prozent ab 2006 lehnen wir auf Grund fehlender inhaltlicher Unterbreitung ab.  
34 Sie lässt jeglichen wissenschaftspolitischen und wirtschaftspolitischen Weitblick für unser  
35 Bundesland vermissen. Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sind nicht nur  
36 Gradmesser für eine zukunftsfähige Hochschulpolitik, sondern auch wesentliche Motoren  
37 für die Entwicklung der klein- und mittelständischen Wirtschaft. Darüber hinaus wirken sie  
38 gegen den Bevölkerungsschwund, indem sie insbesondere junge Leute im Land halten  
39 bzw. hier holen. Wenn die Hochschulen in Sachsen-Anhalt auch zukünftig

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 wettbewerbsfähig bleiben sollen, müssen sie verlässlich vom Staat finanziert werden und  
2 sich zusätzliche neue Finanzierungsquellen erschließen können. So soll zukünftig die  
3 Budgetzuweisung schrittweise an Indikatoren, wie Forschungsleistungen, Absolventenzahl,  
4 Serviceleistungen und Kooperationen geknüpft werden. Ob Studiengebühren ein  
5 geeigneter Weg sind, die finanzielle Situation der Hochschulen zu verbessern, werden  
6 wir ausführlich diskutieren.

7 In Anbetracht der Tatsache, dass die geburtenschwachen Jahrgänge ab 2009 die  
8 Hochschulen erreichen, werden wir in den nächsten Jahren geeignete Strategien  
9 erarbeiten, um einem Einbruch bei den Studienanfängern in Sachsen-Anhalt  
10 entgegenzuwirken.

## 11 **Reform der Verwaltungs- und Kommunalstrukturen**

12 Bei den heute notwendigen Schritten zur Modernisierung der Landes- und  
13 Kommunalverwaltungen besteht in Sachsen-Anhalt kein Erkenntnis-, sondern allein ein  
14 Umsetzungsproblem. Denn bereits in der letzten Wahlperiode wurden von unserer SPD-  
15 Landesregierung auf Grundlage des Leitbildes von 1999 die Voraussetzungen für eine  
16 Neuorganisation der Landesverwaltung und der kommunalen Strukturen sowie für die  
17 Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen beiden Ebenen geschaffen. Grundziele  
18 dieses Konzeptes sind eine umfassende Übertragung von Aufgaben auf kommunale  
19 Gebietskörperschaften, eine kommunale Gebietsreform mit grundsätzlichem Vorrang der  
20 Einheitsgemeinde, eine Kreisgebietsreform mit der Zielzahl von nachhaltig 150.000  
21 Einwohnern pro Kreis und eine Stärkung der Städte durch Lösung der Stadt-Umland-  
22 Problematik. Denn ohne starke Städte gibt es keine starken Regionen.

23 Die jetzige Landesregierung hat es versäumt, eine Verwaltungs- und Kommunalreform mit  
24 den Kommunalwahlen 2004 in Kraft zu setzen. Sie hat kein vernünftiges und praktikables  
25 Konzept. Wir wollen unsere Reform zum schnellstmöglichen Zeitpunkt, möglichst zum 1.  
26 Januar 2007, realisieren. Notwendig ist auch eine Verringerung der Anzahl der  
27 Landesministerien. Mit dem Ziel einer bürgernahen und effizienten Verwaltung ist der  
28 Prozess der Verwaltungsmodernisierung durch den verstärkten Einsatz von E-Government  
29 zu begleiten.

30 Für die weitere Zukunft sind mit einer Halbierung der Zahl der Landkreise die optimalen  
31 Verwaltungs- und Kommunalstrukturen noch nicht gefunden. Anzustreben sind die  
32 Bildung von fünf großen Landkreisen entsprechend den Wirtschaftsregionen und ein  
33 zweistufiger Verwaltungsaufbau durch Abschaffung des Landesverwaltungsamtes.  
34 Langfristig sehen wir die Notwendigkeit einer Länderneugliederung in Deutschland.

35 Ein Abbau von Verwaltungsebenen wird mit dazu beitragen, dass sich die  
36 Personalausstattung von öffentlichen Bediensteten pro Einwohner an vergleichbare  
37 westdeutsche Flächenländer anpasst. Es gilt die Personalkosten nicht weiter anwachsen zu  
38 lassen. Das bedeutet in der konkreten Umsetzung, dass jährlich mindestens 2.000 Stellen



# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 im Landesdienst wegfallen müssen, um im Jahr 2020 bei rund 38.000 Beschäftigten im  
2 öffentlichen Dienst anzukommen. Diese Reduzierung kann nur gelingen, wenn  
3 Aufgabenverzicht, Entbürokratisierung und Aufgabenverlagerung nicht länger nur  
4 Worthülsen bleiben. Verbeamtungen wird es nur noch in den Bereichen Justiz, Polizei  
5 und der Leitungsebene der obersten Landesbehörden geben. Damit legen wir den  
6 Grundstein dafür, dass die nachwachsenden Generationen nicht von heute verursachten  
7 Pensionslasten erdrückt werden.

8 In diesem Zusammenhang ist uns eine allgemeine Reform des öffentlichen Dienstrechts  
9 wichtig, die zu mehr Flexibilität und leistungsgerechterer Bezahlung führt. Langfristig  
10 plädieren wir für einen einheitlichen Beschäftigungsstatus auf privatrechtlicher Grundlage.  
11 Mit Pilotcharakter möchten wir eine schnelle Liberalisierung des Dienstrechts im  
12 Hochschulbereich.

13 Positive Auswirkungen hat diese Entwicklung auch auf die konsumtiven Ausgaben:  
14 Weniger Personal bedeutet weniger Verwaltungsausgaben. Der Bevölkerungsentwicklung  
15 muss auch Landesparlament durch weitere Verkleinerung Rechnung tragen.

## 16 Die künftigen finanziellen Spielräume sichern

17 Nirgendwo klappt bei der schwarz-gelben Landesregierung eine so große Lücke zwischen  
18 Anspruch und Wirklichkeit wie bei der Finanzpolitik. Da die Steuereinnahmen seit 2002  
19 relativ stabil sind, ist dies Ergebnis politischer Fehlentscheidungen und handwerklicher  
20 Schwächen. Die SPD darf und wird die Fehler von CDU und FDP nicht wiederholen. Vor  
21 allem werden wir keine unrealistischen Erwartungen wecken.

22 Aus heutiger Sicht scheint es durch eine jährliche Rückführung der derzeitigen  
23 Nettoneuverschuldung um rund 200 Mio. Euro möglich, beginnend mit dem Jahr 2010  
24 auf neue Schulden im Landeshaushalt zu verzichten. Anschließend ist es notwendig, die  
25 aufgelaufene Gesamtverschuldung in den folgenden Haushalten kontinuierlich zu  
26 reduzieren. Die damit verbundene – wenn auch zunächst geringe – Senkung der  
27 Zinsbelastung hilft, künftige Gestaltungsspielräume zu schaffen. Vor der gleichen Aufgabe  
28 stehen die Kommunen. Auch sie müssen ihre Verschuldung mittelfristig abbauen.

29 Der Konsolidierungsbedarf des Landeshaushaltes liegt in den nächsten 15 Jahren bei  
30 rund einem Drittel des Gesamthaushaltes, ca. 3 Mrd. Euro. Dies bleibt nicht ohne  
31 gravierende Auswirkungen auf alles, was durch den Landeshaushalt finanziert wird. Bei  
32 den freiwilligen Leistungen des Landes soll deshalb eine Schwerpunktsetzung zugunsten  
33 der Jugend und ihrer Perspektiven erfolgen. Das heißt aber konkret, dass wir in familien-,  
34 jugend-, bildungs- und wirtschaftsrelevanten Bereichen weniger sparen, als in anderen  
35 Bereichen. Folglich muss in anderen Politikfeldern mehr gespart werden.

36 Die Konsolidierungsnotwendigkeit betrifft sowohl die Ausgabe- als auch die  
37 Einnahmeseite. Die Zuweisungen von Bund und EU werden sinken. Die Steuereinnahmen,

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 die abhängig sind von einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung, dem  
2 Wirtschaftswachstum und der Steuergesetzgebung, werden daher unsere wichtigste  
3 Einnahmequelle.

## 4 **Für eine moderne und gerechte Steuergesetzgebung**

5 Wir plädieren für eine radikale Umgestaltung und Vereinfachung des Steuersystems mit  
6 dem klaren Ziel einer Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte, um die  
7 wichtigsten Aufgaben auch künftig erfüllen zu können. Gleichzeitig muss das  
8 Steuersystem sozial gerecht und möglichst transparent sein. Wir sind für das Prinzip der  
9 Individualbesteuerung. Daraus folgend ist die Abschaffung des Ehegattensplittings zu  
10 prüfen. Gleichzeitig wollen wir eine stärkere Begünstigung von Familien mit Kindern und  
11 zwar unabhängig von der Lebensform. Auch müssen die Subventionstatbestände im  
12 Steuerrecht endlich klar definiert und wo sinnvoll reduziert werden. Im Gegenzug  
13 entlasten dann niedrigere Steuersätze alle Steuerzahler.

14 Anknüpfend an die Vorschläge Schleswig-Holsteins unterstützen wir eine progressive  
15 Erhöhung der Erbschaftsteuer bei hohen Freibeträgen. Wir plädieren für eine ernsthafte,  
16 offene Diskussion über die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

17 Im Rahmen einer Steuerharmonisierung in der EU muss auch die schrittweise Erhöhung  
18 der Mehrwertsteuer diskutiert werden, um die Lohnnebenkosten zu senken und so neue  
19 Arbeitsplätze zu schaffen.

## 20 **Die Reformpolitik muss die Menschen mitnehmen**

21 Während der 16-jährigen Regierungszeit von CDU/CSU und FDP im Bund wurde  
22 versäumt, Deutschland zukunftsgerecht umzugestalten. Das Ergebnis war ein Reformstau,  
23 den die rot-grüne Bundesregierung seit 1998 abbaut. Der mit der Agenda 2010  
24 fortgesetzte Reformkurs eröffnet unserem Land die Chance, seine internationale  
25 Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft zu erhalten und damit den Menschen die Möglichkeit,  
26 auch in Zukunft in Wohlstand und sozialer Absicherung zu leben.

27 Zukünftig muss eine sozialdemokratische geführte Bundesregierung verstärkt darauf  
28 achten, dass das Ziel und die große Linie - der „rote Faden“ - der Politik erkennbar ist,  
29 dass das soziale Gleichgewicht gewahrt bleibt und insbesondere die ostdeutschen Länder  
30 nicht zu den Verlierern notwendiger Modernisierungsprozesse gehören. Der Begriff der  
31 Gerechtigkeitslücke macht immer wieder die Runde. Viele wissen, dass es zu  
32 Veränderungen, zu Einschnitten kommen muss. Was sie verlangen, ist eine Vision von  
33 sozialer Gerechtigkeit – und deren Umsetzung. Eine Umsetzung aber auch gegen alle  
34 möglichen Lobbygruppen.

35 Die Vorbehalte und der Protest von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber manchen  
36 Reformschritten haben sich derzeit verfestigt und müssen zu einer neuen Nachdenklichkeit

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 führen. Die Bundesregierung muss dazu beitragen im Osten gemeinsam mit uns wieder  
2 das Vertrauen zu schaffen, das 1998 und 2002 maßgeblich zum Wahlerfolg der SPD  
3 beitrug. Ein wichtiges Signal kann und muss die offensive Diskussion über die  
4 Bürgerversicherung sein.

5 Die SPD Sachsen-Anhalt will auf bundespolitischer Ebene einen eigenen, vermittelnden  
6 Beitrag leisten: Wir kennen die Sorgen und Befürchtungen der Menschen vor Ort und  
7 werden diese in Berlin noch stärker als bisher zur Sprache bringen.

## 8 **Der Aufbau Ost hat Priorität für ganz Deutschland**

9 Die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland ist insgesamt nicht  
10 zufriedenstellend. Deutschland ist auch 15 Jahre nach der Wende ökonomisch geteilt. Die  
11 enormen Aufbauleistungen sind unübersehbar, dennoch wächst die Skepsis bei den  
12 Menschen, ob die bisherigen Strategien fortgesetzt werden sollten. Die SPD Sachsen-  
13 Anhalt fordert keine radikale Kurskorrektur beim Aufbau Ost, aber Veränderungen mit  
14 Augenmaß, etwa bei der Wirtschaftsförderung, der Infrastrukturentwicklung sowie bei  
15 Forschung und Entwicklung.

16 Unabdingbare Voraussetzung für den weiteren Aufbau unseres Landes ist jedoch die  
17 Sicherung der materiellen Basis. Wir fordern nicht mehr Geld als bisher, aber eine  
18 gesicherte Perspektive. Dazu gehören der Solidarpakt II ohne Abstriche, eine Fortführung  
19 der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf  
20 hohem Niveau und die Investitionen in nachweislich notwendige zentrale  
21 Infrastrukturprojekte.

22 Dabei muss allen Beteiligten klar sein: Gelingt der Aufbau Ost dauerhaft, partizipieren  
23 auch die westlichen Bundesländer von der selbsttragenden Wertschöpfung und den  
24 angepassten Lebensbedingungen. Erfolge beim Aufbau Ost sind im gesamtdeutschen  
25 Interesse.

26 Wir wissen gleichzeitig, dass in Zeiten knapper werdender Mittel Verwaltungs- und  
27 Subventionsstrukturen in Frage gestellt werden müssen. Dies gilt - auch aus Gründen der  
28 innerdeutschen Solidarität - vor allem dort, wo wir über dem durchschnittlichen  
29 gesamtdeutschen Niveau liegen. Anpassungen sind beispielsweise bei den  
30 Verwaltungsstrukturen und der Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst  
31 notwendig.

32 Andererseits: Im Wettbewerb der Länder müssen wir unsere wichtigsten Standortvorteile  
33 erhalten. Dazu zählen etwa die Kinderförderung und das Hochschulsystem.

34

35

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

## 1 Mehr Offenheit wagen

2 Auf dem Weg zur Landtagswahl 2006 wollen wir einen breiten Diskurs in unserer Partei  
3 und in der Gesellschaft. Das hier vorgetragene Politikangebot wird danach in ein  
4 Programm zur Landtagswahl 2006 einfließen. Ausdrücklich zur Diskussion aufgefordert  
5 sind auch unsere politischen Gegner.

6 Unser Ziel ist es, das in der Oppositionszeit vorgelegte politische Programm in  
7 Regierungsverantwortung umzusetzen, um damit das Land Sachsen-Anhalt  
8 voranzubringen. Deshalb ist die Vorbereitung eines eigenen Regierungsprogramms zu  
9 Oppositionszeiten so wichtig. Wir stehen für eine von Fakten geleitete realistische Politik  
10 für Sachsen-Anhalt, ohne dabei unsere sozialdemokratischen Grundwerte von Freiheit,  
11 Gerechtigkeit und Solidarität aus den Augen zu verlieren. Diese realistische Politik muss  
12 von einer breiten politischen Mehrheit in der Partei, im Land und im Landtag getragen  
13 werden, um dauerhafte und ausgewogene Veränderungen durchzusetzen, die auch über  
14 Legislaturperioden hinaus Bestand haben.

15

---

16 Notizen während der Debatte:

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27 Abstimmungen:                      Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

28 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **B1**
- 2 Antragsteller: KV Merseburg-Querfurt
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Ablehnung von Studiengebühren**

5 Der Juso-Landessverband Sachsen-Anhalt lehnt kategorisch die Erhebung von  
6 Studiengebühren ab dem Jahre 2006 ab.

7

### 8 **Begründung:**

9 Zwar verbietet zur Zeit das Hochschulrahmengesetz der Bundesregierung die Erhebung  
10 von Studiengebühren, doch nach Auffassung vieler Juristen wird dieses Gesetz vom  
11 Bundesverfassungsgericht Ende des Jahres wegen Eingreifens in die Bildungskompetenz  
12 der Länder zurückgenommen. Wenn dies wirklich so geschieht, haben die  
13 unionsregierten Länder – also auch Sachsen-Anhalt – schon angekündigt, eine Gebühr  
14 von 1000 Euro pro Jahr ab 2006 zu erheben. Wir müssen daher eine konkrete Position  
15 beziehen, die nur gegen die Erhebung der Studiengebühren sein kann.

16 Hinzu kommt, dass die Länder und nicht die Universitäten diese Gebühren erheben  
17 wollen. Bei den maroden Länderkassen kann man bezweifeln, dass die  
18 Landesfinanzminister diese „Mehreinnahmen“ im Haushalt an die Universitäten  
19 weiterleiten, wo sie die Gelder doch anderswo ebenfalls gebrauchen könnten. Also  
20 würden die Studiengebühren allem Anschein nach sowieso ihren Zweck verfehlen,  
21 nämlich den Universitäten die Möglichkeit geben, mehr Geld in ihre Forschungs- und  
22 Bildungsarbeit zu investieren.

23 Wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir in einem Bundesland mit durchschnittlich 20 %  
24 Arbeitslosigkeit leben. Viele Studenten können also kaum auf große finanzielle  
25 Unterstützung von Seiten des Elternhauses hoffen. Mit anderen Worten: Die Studenten  
26 müssen jobben, um die Studiengebühren aufzubringen. Doch müssen schon heute über  
27 50% der Studierenden nebenbei arbeiten gehen, um Unterkunft, Verpflegung und  
28 Lehrmaterialien zu finanzieren. Nun müssen sie noch mehr nebenbei verdienen, wo bleibt  
29 da die Zeit für das Studium? Wollte diese Landesregierung nicht etwas gegen  
30 Langzeitstudenten unternehmen und nicht die Voraussetzung für sie schaffen? Wir  
31 wollen kein Bildungssystem schaffen, in dem nur die studieren können, die es sich leisten  
32 können. Wo bleibt da das Gleichheitsprinzip?

33 Notizen während der Debatte:

34 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

35 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **B2**
- 2 Antragsteller: SV Magdeburg
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

## 5 **Gegen Studiengebühren!**

- 6 Der Landesparteitag wird aufgefordert, sich eindeutig gegen Studiengebühren im Land  
7 Sachsen-Anhalt zu positionieren.

### 8 **Begründung:**

- 9 1. Studiengebühren sind kein Ausweg aus der finanziellen Misere der Hochschulen. Nicht  
10 nur in Deutschland, sondern sogar im globalen Maßstab gibt es kein Beispiel dafür, dass  
11 in einem überwiegend steuerfinanzierten Hochschulsystem Studiengebühren tatsächlich  
12 bei den Hochschulen verbleiben. Die schon jetzt in einigen Bundesländern erhobenen  
13 Langzeitgebühren erreichten in einem einzigen Fall die Hochschulen, vielmehr wurde  
14 deren Etat in allen Fällen sogar noch gekürzt. Gleiches gilt für das „Musterland“  
15 Australien. Dort kamen entgegen aller Versprechen die Gebühren keineswegs den  
16 Hochschulen zugute – deren Etat sank stattdessen innerhalb weniger Jahre um über 25  
17 Prozent. Wer sich vorstellen kann, dass Studiengebühren vor verzweifelten  
18 Finanzministern sicher wären, ist schlecht informiert – oder täuscht bewusst.
- 19 2. Auch Studienkonten sind nur eine Spielart von Langzeitgebühren und eröffnen einen  
20 einfachen Weg, allgemeine Gebühren einzuführen, indem etwa das Konto entsprechend  
21 beschränkt oder von Anfang an kostenpflichtig gestaltet wird. Die bisherige Ausgestaltung  
22 von Studienkontenmodellen, etwa in NRW, zeigt dies sehr deutlich. In der Praxis  
23 unterscheiden sie sich kaum von anderen Langzeitgebühren. Selbstverständlich muss  
24 darauf hingewirkt werden, dass Studierende in angemessener Zeit zum Studienabschluss  
25 gelangen, vor allem in ihrem eigenen Interesse. Das Motto „fördern statt strafen“ ist hier  
26 jedoch zielführender und gerechter – dies bedeutet Hilfestellung etwa durch einen Ausbau  
27 der Studienberatung, anstatt einen Teil der Studierenden, die die Gebühren nicht  
28 bezahlen können, zum Studienabbruch zu bringen.
- 29 3. Natürlich sollen gutverdienende AkademikerInnen ausreichend Steuern zahlen und  
30 damit das Bildungssystem finanzieren. Vermögen und Einkommen verpflichten jedoch  
31 unabhängig vom Ausbildungsabschluss. Es ist nicht einzusehen, weshalb Gutverdiener,  
32 die keine Hochschule besucht haben, sich nicht genauso an den Kosten der Ausbildung  
33 kommender Generationen – die irgendwann wiederum ihre Renten finanzieren werden -  
34 beteiligen sollen. Dies geschieht durch die progressive Lohnsteuer. Eine zusätzliche

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Akademikersteuer ist daher überflüssig und fiskalischer Unsinn. Sinnvoller wäre eine  
2 Nichtabsenkung des Spitzensteuersatzes.

3 **Begründung:** erfolgt mündlich

4

---

5 Notizen während der Debatte:

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen:                    Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

23 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Antrag: **B3**

2 Antragsteller: KV Köthen

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

## 5 **Keine Einführung einer Zugangsbeschränkung für Gymnasien!**

6 Die Jusos des Landesverbandes Sachsen-Anhalt sprechen sich gegen die Einführung einer  
7 Zugangsbeschränkung für Gymnasien aus und fordern den Landesverband der SPD  
8 Sachsen-Anhalt gegen diese Pläne zu handeln.

### 9 **Begründung:**

10 Bildung ist das höchste Gut unserer Gesellschaft. Sie ist das Einzige, was den Menschen  
11 von morgen bleibt, um in der Wirtschaft des 21. Jahrhunderts zu punkten. Bildung muss  
12 daher für alle erreichbar bleiben und darf nicht schon im Vorfeld verwehrt bleiben.

13 Die Unterschiede zwischen der Grundschulbildung und der fortgeschrittenen Bildung sind zu  
14 gravierend um schon nach der Eingewöhnungsphase an die Schule eine Differenzierung  
15 der Leistungen der Kinder vorzuschreiben. Grundschule besteht aus Rechnen, Schreiben  
16 und auswendig lernen. Fortgeschrittene Bildung hingegen besteht aus logischem Denken,  
17 der Gabe, Verknüpfungen zwischen Wissen zu bilden und der Bereitschaft, Zeit in die  
18 eigne Bildung zu stecken. Die Ansprüche an ein Kind auf dem Gymnasium sind daher  
19 nicht vergleichbar mit den Ansprüchen an ein Kind auf der Grundschule. Dass Kinder sich  
20 verbessern oder verschlechtern können, wird nicht berücksichtigt. Somit ist diese  
21 Zugangsberechtigung nicht objektiv, vor allem nicht zu dem geplanten Zeitpunkt in der  
22 Lebensphase eines Kindes. Interessen und Fähigkeiten entwickeln sich erst mit der Zeit und  
23 mit zunehmender Beanspruchung. Wenn man jetzt Kindern schon in der Grundschule der  
24 Möglichkeit beraubt, eine qualifizierte, leistungsstarke Bildung zu erhalten, dann beraubt  
25 man sie schon in der Grundschule ihrer Zukunft.

26

---

27 Notizen während der Debatte:

28

29 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

30 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_



# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **B4**  
2 Antragsteller: SV Magdeburg  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Rauchverbot an Schulen**

5 An den Schulen wird auf dem gesamten Schulgelände ein generelles Rauchverbot  
6 eingeführt.

### 7 **Begründung:**

8 Wie seit einiger Zeit in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wird, hat das Suchtverhalten  
9 und der Drogenkonsum von Jugendlichen erschreckende Ausmaße angenommen. Dies  
10 gilt sowohl für den Bereich des Nikotin- und Alkoholkonsums, als auch für den Bereich  
11 des Konsums weicher Drogen.

12 Dabei stellen Rauchen, Trinken und Kiffen oft ein sozial adäquates Verhalten dar und  
13 eine Partizipation an diesen „Gruppenritualen“ stärkt den Status des/ der Einzelnen  
14 innerhalb der Gruppe. Dadurch kommen Jugendliche öfter, früher und stärker mit  
15 Suchtmitteln in Berührung.

16 In diesem Zusammenhang wird auch die Schule immer mehr zum Ort des  
17 Suchtmittelkonsums. Da werden die legalen und illegalen Raucherecken nicht nur zum  
18 beliebten Treffpunkt während der Unterrichtspausen, sondern auch zum Marktplatz für  
19 weiche Drogen. (vgl. Spiegel, 27 /2004, S.70ff.)

20 Um diese Mechanismen aufzubrechen ist ein generelles Rauchverbot an Schulen ein erster  
21 Schritt. Natürlich ist ein solches Verbot kein Allheilmittel gegen die ansatzweise  
22 beschriebenen Phänomene. Wenn aber die Schule als Institution ihre gesellschaftliche  
23 Verantwortung gegenüber den Schülerinnen und Schülern wahrnehmen will, darf einem  
24 solchen Verhalten innerhalb ihrer Einflussmöglichkeiten kein Vorschub geleistet werden.

25

26 Notizen während der Debatte:

27

28 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

29 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **B5**  
2 Antragsteller: KV Westliche Altmark  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Änderung des Schülerbeförderungsgesetzes**

- 5 Das Schülerbeförderungsgesetz muss insbesondere für die Schülerinnen und Schüler der  
6 Sekundarstufe II überarbeitet und geändert werden, da die Bewältigung des Schulweges  
7 eine unzumutbare finanzielle Belastung für sehr viele von ihnen und ihre Eltern darstellt.  
8 Die zunehmend weiteren Schulwege in strukturschwachen Gebieten werden dieses  
9 finanzielle Problem weiter forcieren.
- 10 Es kann und darf nicht sein, dass der soziale und finanzielle Status der Eltern den  
11 weiteren Bildungsweg begabter Schülerinnen und Schüler limitiert.

- 12 **Begründung:** erfolgt mündlich

13

---

- 14 Notizen während der Debatte:

15

16

17

18

19

20

21

22

23

- 24 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

- 25 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



1 Antrag: **B 6**

2 Antragsteller: KV Westliche Altmark

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Änderung der Oberstufenordnung**

5 Die bestehende Oberstufenordnung muss dringend überarbeitet werden, da es bisher  
6 keine eindeutige Festlegung über die abschlussrelevanten Schulfächer für eine bundesweit  
7 anerkannte Hochschulzugangsberechtigung gibt.

8 Damit sind vielen Schülerinnen und Schülern die Türen von weiterführenden  
9 Bildungseinrichtungen, Fach-, Hochschulen und Universitäten anderer Bundesländer  
10 verschlossen bzw. die Zugänge unnötig erschwert, ihre Perspektiven eingeschränkt.

11 **Begründung:** erfolgt mündlich

12

---

13 Notizen während der Debatte:

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

24 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **B7**  
2 Antragsteller: KV Wernigerode  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

- 4 Zur Weiterleitung an Landesparteitag, Bundesparteitag, Parteipräsidium,  
5 Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion

## 6 **Ausbildungspakt ist systemschädlich!**

- 7 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen-Anhalt fordert die Bundestagsfraktion  
8 und das Parteipräsidium auf, am Ziel, der Schaffung einer Ausbildungsplatzumlage  
9 festzuhalten und dieses Vorhaben auch öffentlich schärfer und entschiedener zu  
10 transportieren. Ebenso ist der Ausbildungspakt als unhaltbare Fehlentwicklung zu  
11 brandmarken und die Verantwortungsabgabe der Wirtschaft konsequent als Grund für  
12 die miserable Ausbildungs- und Beschäftigungssituation junger Menschen zu benennen.

### 13 **Begründung:**

- 14 Auch dieses Jahr werden vor allem dank des Unwillens der Wirtschaft und der  
15 wirtschaftspolitischen Verbände, aber auch durch die Tatenlosigkeit der Bundesregierung  
16 und des Bundesrats zehntausende junger Menschen keinen Ausbildungsplatz bekommen,  
17 und weiteren zehntausenden schlecht bezahlte, Vollarbeitszeitstellen ersetzende  
18 Praktikumsstellen „bereitgestellt“. Der Ausbildungspakt ist demnach nicht Teil einer Lösung  
19 dieses Problems, sondern führt zwangsläufig zu noch mehr Jugendarbeitslosigkeit, einer  
20 Abwertung der betrieblichen Bildung und zu einer Verschlechterung der Einnahmenseite  
21 der Sozialkassen.

- 22 Deshalb ist jeder Sozialdemokrat aufgefordert diesem Teufelskreis entschieden  
23 entgegenzutreten.

24 \_\_\_\_\_

- 25 Notizen während der Debatte:

26

27

- 28 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

- 29 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



- 1 Antrag: **B8**  
2 Antragsteller: KV Jerichower Land  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
4 Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress:

## 5 **Verbesserung der Berufsberatung an Schulen durch die** 6 **Arbeitsagenturen**

- 7 Die Landesdelegiertenkonferenz wird aufgefordert die Forderung nach Verbesserung der  
8 Berufsberatung an Schulen an die Bundesdelegiertenkonferenz weiterzuleiten. Diese  
9 möge beschließen, diese Forderung an die Bundesagentur für Arbeit zu richten.  
10 Insbesondere soll das Personal besser geschult werden und die Schüler besser über  
11 Chancen und Risiken von Ausbildungs- und Studienwegen informieren. Auch sollten  
12 differenzierte Informationen zur Lage am Arbeitsmarkt erbracht werden.

- 13 **Begründung:** erfolgt mündlich

14

---

- 15 Notizen während der Debatte:

16

17

18

19

20

21

22

23

- 24 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

- 25 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **B9**  
2 Antragsteller: KV Quedlinburg  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag

## 5 **Einführung eines Qualifizierungspasses in der Berufsausbildung**

6 Die Jusos Sachsen- Anhalt und der Landesparteitag der SPD fordern die Fraktionen im  
7 Landtag auf, die Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Einführung eines  
8 Qualifizierungspasses in der Berufsausbildung voranzutreiben. Hierbei ist es sinnvoll, auf  
9 Erfahrungen der Industrie- und Handelskammern in diesem Bereich der letzten zwei Jahre  
10 zurückzugreifen. Dieser Qualifizierungspass soll für alle zugänglich sein, nicht  
11 ausschließlich für gering Qualifizierte.

12 Des weiteren sollen die Diskussionen darüber vertieft werden, welche Beschäftigungs- und  
13 Berufsfelder bzw. Berufe für modulare Qualifizierungsmöglichkeiten und den Nachweis  
14 von Teilqualifikationen geöffnet werden können.

15 Wir fordern die Landesregierung auf, sich für bundesweite und berufsübergreifende  
16 Modul- und Zertifizierungsstandards einzusetzen. Hierzu sind Initiativen zu ergreifen, die  
17 über unverbindliche Aufrufe und Appelle im „Pakt für Ausbildung in Sachsen- Anhalt“  
18 hinausgehen.

### 19 **Begründung:**

20 Grundsätzlich begrüßt der Antragsteller die Tatsache, dass in Sachsen- Anhalt in diesem  
21 Gebiet erste Schritte unternommen wurden. So wurden im Bereich der IHK Halle-Dessau  
22 in den letzten zwei Jahren ca. 15 Maßnahmen durchgeführt, die jungen Menschen die  
23 Möglichkeit einräumten, in halbjährigen oder einjährigen Maßnahmen Teilqualifikationen  
24 erwerben zu können. In gesamten Gebiet von Sachsen- Anhalt fanden etwa 30  
25 Maßnahmen statt. Hier heißt es im Interesse der jungen Menschen anzusetzen und  
26 weitere flächendeckende Modellprojekte auf den Weg zu bringen.

27 Über 10% der 15-34jährigen Deutschen haben keinen Berufsabschluss. Dies liegt nicht  
28 nur an der Intelligenz und Leistungsfähigkeit der Betroffenen. So verfügen ca. 7% der  
29 Menschen ohne Berufsabschluss über ein Abitur, immerhin 67% haben einen  
30 Hauptschulabschluss. Diese Fakten implizieren, dass nicht jeder, der eine Ausbildung  
31 abbricht, mit den Prüfungen überfordert ist. Beispielsweise gaben in einer Untersuchung  
32 des BIBB des Statistischen Bundesamtes 20% der Befragten auf die Frage nach dem  
33 Grund für den Abbruch der Ausbildung an, eine falsche Ausbildung gewählt zu haben,

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



1 13% hatten Streit mit ihrem Vorgesetzten. Nur wenige gaben an, an den vielzitierten  
2 „Theorieschwierigkeiten“ gescheitert zu sein. Um auf diese Probleme angemessen zu  
3 reagieren, erachten wir die Einführung eines Qualifikationspasses für das geeignete  
4 Instrument.

5 Dies würde ermöglichen, Teilqualifizierungen der Auszubildenden zu zertifizieren und  
6 ihnen auf diese Weise die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Denn solch ein  
7 Pass ermöglicht die systematische Dokumentation beruflicher Qualifikationen und  
8 Erfahrungen, die außerhalb traditioneller Aus- und Weiterbildung gemacht wurden.

9 Zielgruppe dieser Maßnahme sind AusbildungsabbrecherInnen und junge Erwachsene,  
10 die an berufsbildenden oder – begleitenden Maßnahmen teilgenommen haben.

11 Der Antragsteller erachtet es weiterhin für notwendig, dass dieser Pass perspektivisch  
12 wirklich allen jungen Erwachsenen unabhängig von Schulabschluss oder sonstiger  
13 Qualifikationen zugänglich ist. Eine Beschränkung auf beispielsweise Jugendliche ohne  
14 Schulabschluss würde leicht zu Stigmatisierung führen und das Ziel dieses Passes, die  
15 bessere Integration von Jugendlichen ohne „klassische“ Berufsausbildung in den  
16 Arbeitsmarkt, konterkarieren. Da in Sachsen- Anhalt immerhin 14,5% der unter  
17 25jährigen über keinen Schulabschluss verfügen, wäre aber eine zeitlich befristete  
18 Bevorzugung dieser Gruppe eine denkbare Lösung.

19

---

20 Notizen während der Debatte:

21

22

23

24

25

26

27

28 Abstimmungen:                    Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

29 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **B10**  
2 Antragsteller: KV Quedlinburg  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag

## 5 **Für eine radikale Reform der Weiterbildungsfinanzierung**

- 6 1. Wir fordern die Verabschiedung eines Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes, um  
7 das Nachholen von Schul-, Berufs- und Hochschulabschlüssen zu fördern. Dies ist eine  
8 gemeinsame Bund- Länder- Aufgabe.
- 9 2. Wir fordern die Erweiterung des Vermögensbildungsgesetzes um das Element des  
10 Bildungssparens. Mit kleinen Beiträgen in der Kindheit könnten so beachtliche  
11 Bildungskonten für die spätere Zeit der Aus- und Weiterbildung angespart werden.
- 12 3. Wir fordern die Einführung eines gesetzlichen Weiterbildungsfonds, in den die  
13 Unternehmen jährlich 1,5% ihrer Bruttolohnsumme einzahlen. Arbeitnehmer sollen durch  
14 einen steuerlichen Zuschuss an der Finanzierung beteiligt werden. Aus diesem  
15 Weiterbildungsfonds wird Lebenslanges Lernen für alle bezahlt. Damit wird die  
16 Finanzierung von Weiterbildung endlich auf eine solide Grundlage gestellt. Dies wäre  
17 eine wirklich nachhaltige Politik und ein Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit.
- 18 4. Im Rahmen der o.g. Maßnahmen sind die flächendeckende Einführung von  
19 Weiterbildungsberatung, Schaffung von mehr Transparenz und die Etablierung eines  
20 Qualitätssicherungssystems unverzichtbar.

### 21 **Begründung:**

22 Am 28. Juli dieses Jahres legte die von der Bundesregierung eingesetzte  
23 Expertenkommission zur „Finanzierung Lebenslangen Lernens – Der Weg in die Zukunft“  
24 ihren mehr als 300seitigen Abschlussbericht vor. Hieraus geht unter anderem hervor,  
25 dass lediglich Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sowie Angestellte des oberen  
26 Managements regelmäßig an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

27 Doch gerade aus der Tatsache heraus, dass An –und Ungelernte und bildungsferne  
28 Schichten am stärksten von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg bedroht sind, orientiert  
29 die Kommission ihre Vorschläge an den bildungspolitischen Zielen:

- 30 - Erhöhung der Bildungsbeteiligung  
31 - Verbesserung der Förderung aller Begabten  
32 - Schaffung von Anreizen für lebenslanges Lernen



# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt

09./10. Oktober 2004

BAJ Magdeburg



1 Der Rückgang der Weiterbildungsbereitschaft, aber auch die Kürzungen in diesem  
2 Bereich haben zur Folge, dass sowohl die öffentliche Verantwortung der Politik aller  
3 Ebenen (Bund, Länder und Kommunen), die Verantwortung der Wirtschaft aber auch die  
4 Eigenverantwortung jedes Einzelnen eine immer größere Bedeutung bekommen.

5 Grundsätzlich kommt der Kommissionsbericht zu einer eher ernüchternden Analyse über  
6 die Leistungsfähigkeit und die Weiterbildungsbereitschaft in Deutschland.

7 Nur wenn eine breite parlamentarische und öffentliche Debatte über die Weiterbildung in  
8 Deutschland in Gang gesetzt wird, können wir in diesem Bereich wichtige  
9 Verbesserungen für alle erreichen.

10

---

11 Notizen während der Debatte:

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen:                    Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

25 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



1 Antrag: **B11**

2 Antragsteller: KV Quedlinburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 **Nachweis der Fähigkeit zum Erwerb eines**  
5 **Personenbeförderungsscheins als Zugangsvoraussetzung für ein**  
6 **Studium der Geisteswissenschaften einführen**

7 Die Jusos Sachsen- Anhalt sprechen sich für die Einführung einer Zugangsvoraussetzung  
8 für ein Studium der Geisteswissenschaften aus. Um etwa ein Studium der Soziologie,  
9 Politikwissenschaften, Germanistik oder gar der Philosophie aufnehmen zu können,  
10 müssen die Bewerber zukünftig die Fähigkeit zum Erwerb eines  
11 Personenbeförderungsscheins nachweisen. Alternativ kann auch langjährige  
12 Berufserfahrung in der Gastronomie als Bedingung akzeptiert werden.

13 **Begründung:** erfolgt mündlich

14

---

15 Notizen während der Debatte:

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

25 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **II**
- 2 Antragsteller: SV Magdeburg
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Abbau überflüssiger Subventionen**

5 Grundsätzlich ist auf staatlichen Zuwendungen, wie Subventionen und steuerliche  
6 Vergünstigungen, zu verzichten. In Ausnahmefällen sind diese auf fünf Jahre zu befristen.  
7 Danach sind sie auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen und zu bestätigen. Hiervon  
8 ausgenommen sind private Werbungskosten die betrieblichen Aufwendungen  
9 entsprechen und die Förderung von Kindern und Familien.

### 10 **Begründung:**

11 Staatliche Zuwendungen, wie Subventionen und steuerlichen Vergünstigungen, verzerren  
12 den Wettbewerb und schaden damit letztendlich der Bevölkerung. Sie verringern in der  
13 Masse den Wettbewerb, reduzieren wirtschaftliches Wachstum, reduzieren die  
14 Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Wirtschaft oder haben problematische  
15 Verteilungswirkungen.

16 Sie vermindern den Anreiz, sich an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen und  
17 konservieren damit nicht wettbewerbsfähige Strukturen. Neben falschen finanziellen  
18 Anreizen entsteht somit ein Besitzstandsdenken, wodurch ein späterer Abbau sehr  
19 problematisch wird. Hinzu kommt, dass nicht eindeutige Verantwortungen die Kontrolle  
20 von Aufwand und Nutzen der Subventionen erschweren, wodurch Mitnahmeeffekte nicht  
21 auszuschließen sind.

22 Subventionen für bestimmte Produktionsfaktoren erhöhen kaum das Einkommen der  
23 Beschäftigten, sondern kommen den Käufern entsprechender Produkte zugute. Dabei sind  
24 bedürftige Haushalte aufgrund ihrer schlechten finanziellen Situation von solchen  
25 positiven Effekten ausgeschlossen.

26 Um das Ziel Subventionsabbau zu erreichen, muss jede konkrete Subvention bzw.  
27 steuerliche Vergünstigung darauf geprüft werden, ob sie ihr Ziel erreicht hat und die  
28 eingesetzten Instrumente die richtigen sind bzw. waren. Durch den Abbau von  
29 unwirksamen Subventionen und steuerliche Vergünstigungen gewinnt der Staat wieder  
30 finanziellen Handlungsspielräume, die er zum Nutzen der Bürger einsetzen kann.

31 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

32 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **I2**
- 2 Antragsteller: SV Magdeburg
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Bürokratie abbauen!**

5 Grundsätzlich sind alle neu beschlossenen Bundes- und Landesgesetze, Verordnungen,  
6 Richtlinien und Vorschriften zu befristen. Nach der Dauer der Zeit einer Legislaturperiode  
7 sind diese Bestimmungen auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen und zu bestätigen.

### 8 **Begründung:**

9 Von Jahr zu Jahr nehmen in Deutschland Bürokratie und Regulierungsdichte zu. Kleine  
10 Unternehmen sind heute in der Situation, mehr als 2000 Gesetze und Verordnungen mit  
11 einer unüberschaubaren Zahl von Einzelvorschriften, die immer häufiger in einer Sprache  
12 abgefasst sind, die die Konsultation eines Rechtsbeistands erforderlich macht, beachten  
13 zu müssen. Allein das Steuerrecht umfasst einen Dschungel von 300 Gesetzen und  
14 70.000 Verordnungen, so dass selbst Steuerexperten zugeben müssen, das es nicht mehr  
15 möglich ist, diesen Bereich komplett zu überblicken. Eine Überprüfung der Gesetzesvielfalt  
16 ist deshalb dringend erforderlich (auch im Hinblick auf schon erlassene Gesetze,  
17 Verordnungen, etc.).

18 Unternehmen beklagen zu Recht, dass in den Gesetzgebungsverfahren auf die Belastung  
19 für Unternehmen kaum Rücksicht genommen wird. Der Gesetzgeber ist meist von  
20 übergeordneten Zielen (Gleichheit der Lebensverhältnisse, Gerechtigkeit, etc.) gesteuert.  
21 Dies führt zu umfangreichen Detailregelungen, die den praktischen Vollzug vor Ort  
22 erschweren. Auch werden sich für zahlreiche Einzelbestimmungen, isoliert betrachtet,  
23 häufig durchaus plausible Rechtfertigungen finden lassen. Es ist gerade die Summe der  
24 für sich betrachtet eher unscheinbar wirkenden bürokratischen Lasten, die ihre  
25 erdrückenden Auswirkungen entfaltet.

26 Um diese Überregulierung zu vermeiden - der deutsche Paragraphen - Dschungel,  
27 beinhaltet allein über 5.000 Bundesgesetze und Rechtsverordnungen mit über 85.000  
28 Einzelvorschriften - und damit nicht diese Gesetze und Verordnungen, die längst ihre  
29 Sinnhaftigkeit verloren haben, über Jahrzehnte mitgeschleppt werden, ist eine  
30 wiederkehrende Prüfung unablässlich.

31 Nach Ablauf der Frist ist zu prüfen, ob Gesetze, Verordnung, Richtlinien oder  
32 Vorschriften praktikabel in der Praxis waren und weiterhin notwendig sind. Dazu ist eine  
33 Kosten-Nutzen-Analyse zu erstellen und zu überlegen, ob eine Vereinfachung des

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt

09./10. Oktober 2004

BAJ Magdeburg



1 bisherigen Rechts möglich ist. Nicht erforderliche Gesetze, Verordnungen, Richtlinien  
2 oder Vorschriften können so außer Kraft gesetzt werden.

3 Zudem ist zu berücksichtigen, dass ein Übermaß an Bürokratie die Kosten der  
4 Unternehmensführung erhöht, Investitionen verhindert und damit die Beschäftigung und  
5 den unternehmerischen Spielraum unnötig einengen. Die Bürokratie stellt eine  
6 maßgebliche Wachstumsbremse dar und hemmt die Leistungskraft der mittelständischen  
7 Unternehmen. Unsere Volkswirtschaft wird dadurch geschwächt und uns entsteht dabei  
8 ein klarer Standortnachteil. Auch dem Staat entstehen erhebliche Kosten durch das  
9 Übermaß an Bürokratie. Bürokratieabbau trägt so auch zur Haushaltskonsolidierung bei.

10 Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Menschen viele Detailregelungen nicht mehr  
11 durchschauen und daher das gesamte System als ungerecht empfinden. Dabei sorgen  
12 immer umfangreichere Formulare, Formblätter und Erläuterungen von Behörden und  
13 Ämtern für mehr Verwirrung als Klarheit. Sie verschließen eher den Zugang, als dass sie  
14 ihn transparent machen. Die Folge: Das eigentliche Ziel des Rechtsstaates, nämlich für  
15 Gerechtigkeit zu sorgen, schwimmt hinter einer Flut bürokratischer Einzelvorgänge.  
16 Neben den Belastungen lauert hier eine erhebliche gesellschaftliche Gefahr. Aufgrund des  
17 bürokratiebedingten Entfremdungseffektes wenden sich immer mehr Bürger von ihrem  
18 Staat ab. Sie können sein Rechtssystem nicht mehr durchschauen. Überregulierung  
19 schränkt ihre Freiheit ein.

20

---

21 Notizen während der Debatte:

22

23

24

25

26

27

28

29 Abstimmungen:                      Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

30 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **I3**  
2 Antragsteller: KV Quedlinburg  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

## 5 **Kein neues Parkhaus für Landtagsabgeordnete** 6 **in Sachsen- Anhalt**

- 7 Die Jusos Sachsen- Anhalt und der Landesparteitag der SPD fordern die Fraktion der SPD  
8 im Landtag von Sachsen- Anhalt auf, sich gegen den geplanten Neubau eines Parkhauses  
9 für Abgeordnete einzusetzen.

### 10 **Begründung:**

11 Gerade in Zeiten, in denen die Politik vielen Bürgerinnen und Bürgern finanzielle  
12 Kürzungen und Mehrbelastungen in vielen Bereichen auferlegt, zeugt der geplante  
13 Neubau eines Parkhauses für Landtagsabgeordnete von politischer Instinklosigkeit, zumal  
14 die Kosten auf mehr als vier Millionen Euro veranschlagt werden. Gleichzeitig kürzt das  
15 Land bei öffentlichen Investitionen, hauptsächlich in den Ressorts Wirtschaft, Bau und  
16 Verkehr sowie Agrar und Umwelt. Die Nettokreditaufnahme für dieses Jahr beläuft sich  
17 auf über 1,3 Milliarden Euro. Im Juli verkündete Ministerpräsident Böhmer, dass die für  
18 2005 geplante Neuverschuldung von 600 Millionen Euro nicht zu halten sein wird. Statt  
19 dessen wird sich Sachsen- Anhalt mit knapp einer Milliarde Euro zusätzlich verschulden.  
20 Zugegeben, gegen diese Beträge wirken 4 Millionen Euro für ein Parkhaus nicht mehr  
21 ganz so wild, trotzdem sollten auch die Entscheidungsträger in der Politik demonstrieren,  
22 dass das Motto des Sparens nicht nur für die „einfachen“ Bürgerinnen und Bürger dieses  
23 Landes gilt. Des weiteren stellt sich die Frage der Notwendigkeit eines solch  
24 kostenintensiven Projekts. So gibt es im Zentrum von Magdeburg Tiefgaragen, in denen  
25 Dauerparkplätze angemietet werden können. Nach Angaben der Betreiber sind diese  
26 lange nicht voll ausgenutzt. Aus Sicht des Antragstellers sind hier noch ungenutzte  
27 Kapazitäten, die unserem Land viele Millionen Euro sparen können.

28

---

29 Notizen während der Debatte:

30 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

31 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



- 1 Antrag: **I4**  
2 Antragsteller: KV Quedlinburg  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

## 5 **Schaffung der Stelle eines Polizeibeauftragten**

6 Die Jusos Sachsen-Anhalt und der Landesparteitag der SPD fordern die Fraktion der SPD  
7 im Landtag Sachsen-Anhalt dazu auf, eine Gesetzesinitiative zur Schaffung der Stelle  
8 einer/eines Polizeibeauftragten mit folgenden Inhalten zu initiieren:

- 9 • als Hilfsorgan des Landtages bei der Ausübung seiner parlamentarischen Kontrolle  
10 von diesem gewählt und der/dem LandtagspräsidentIn unterstellt  
11 • AnsprechpartnerIn für BürgerInnen und PolizistInnen (außerhalb des Dienstweges  
12 und mit Verbot der Benachteiligung)  
13 • nicht unter Strafverfolgungszwang gestellt  
14 • Besitz der Befähigung zum Richteramt  
15 • Akteneinsichts- und Amtshilferecht sowie ein unangemeldetes Zutrittsrecht zu allen  
16 Polizeidienststellen  
17 • Verschwiegenheitspflicht, aber kein Zeugnisverweigerungsrecht  
18 • Tätigkeitsaufnahme auf Weisung des Landtags, der/des LandtagspräsidentIn oder  
19 aufgrund ihr/ihm zugetragener Vorkommnisse  
20 • Pflicht zur Abgabe eines jährlichen, nicht einzelfallbezogenen Berichts an den  
21 Landtag  
22 • Recht zur Vorlage von Einzelfällen gegenüber dem Landtag  
23 • Möglichkeit von fallbezogenen oder fallübergreifenden Empfehlungen an den  
24 Landtag  
25 • Pflicht zur Aufklärungsarbeit innerhalb der Polizei sowie in der  
26 Öffentlichkeitsarbeit.“

## 27 **Begründung:**

28 Die in der Öffentlichkeit immer wieder bekannt werdenden Fälle von Übergriffen von  
29 PolizeibeamtInnen sind nur die Spitze vom Eisberg. Die Dunkelziffer ist viel höher.

30 Eine innerdienstliche beziehungsweise gerichtliche Klärung polizeilicher Übergriffe oder  
31 interner Missstände ist bei weitem nicht zufrieden stellend und kann dies auch nicht sein.

32 So müssen zum Beispiel PolizistInnen, die KollegInnen wegen Fehlverhaltens anzeigen, mit  
33 einer Anklage unter anderem wegen unterlassener Hilfeleistung rechnen – abgesehen von

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 den Repressalien innerhalb der Behörde, während das Verfahren gegen ihre  
2 fehlgetretenen KollegInnen eingestellt wird.

3 Nur einer/einem Polizeibeauftragten als unabhängige Dienststelle und ohne  
4 Strafverfolgungszwang ist es möglich, Fehlritte von PolizistInnen beziehungsweise  
5 etwaige Vertuschungen der Ermittlungsbehörden aufzudecken.

6

---

7 Notizen während der Debatte:

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen:                    Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

24 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_



# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



- 1 Antrag: **15**
- 2 Antragsteller: KV Wernigerode
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, Landesparteitag, Bundesparteitag, das  
5 Parteipräsidium, die Bundestagsfraktion und den Deutschen Verkehrstag in Goslar:

## 6 **Regelmäßige Überprüfungen bei Führerscheininhabern**

7 Der Deutsche Verkehrstag wird aufgefordert, eine Regelung zu Erarbeiten, die beinhaltet,  
8 KraftfahrerInnen ab dem vollendeten 65. Lebensjahr alle drei Jahre eine Kontrolle der  
9 Fahrtüchtigkeit aufzuerlegen. Dabei soll die Überprüfung koordinativer Fähigkeiten im  
10 Straßenverkehr, aber auch die Vermittlung von Neuregelungen in der  
11 Straßenverkehrsordnung im Vordergrund stehen.

12 Weiterhin soll bei allen Führerscheininhabern mit beenden der Probezeit eine  
13 Wiederauffrischungspflicht der Rettungsmaßnahmen bei Unfällen durchgesetzt werden.  
14 Diese Auffrischung der Erste-Hilfe-Kenntnisse soll danach wieder alle fünf Jahre  
15 geschehen.

16 **Begründung:** erfolgt mündlich

17 \_\_\_\_\_

18 Notizen während der Debatte:

19 \_\_\_\_\_

20 \_\_\_\_\_

21 \_\_\_\_\_

22 \_\_\_\_\_

23 \_\_\_\_\_

24 \_\_\_\_\_

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

26 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Antrag: **16**

2 Antragsteller: KV Wernigerode

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, Landesparteitag, Bundesparteitag, das  
5 Parteipräsidium, die Bundestagsfraktion:

## 6 **ARD soll lokaler werden**

7 Die Öffentlich-Rechtlichen Sendeanstalten werden aufgefordert, lokale, wenige Landkreise  
8 bedienende Sendebüros einzurichten, die täglich über ein lokales Fenster der digital  
9 übertragenen Regionalprogramme zusätzlich eine lokale, umfassende Grundversorgung  
10 anbieten.

### 11 **Begründung:**

12 Durch den Aufbau digitaler Fernseh- und Radioübertragung in Deutschland ist das  
13 mögliche Frequenz- und Sendespektrum um ein vielfaches verbreitert worden. Diese  
14 technische Erweiterung sollte genutzt werden, um das öffentlich-rechtliche Sendeangebot  
15 nicht nur bundesweit auszubauen, sondern auch lokaler werden zu lassen. Eine  
16 Möglichkeit ist die Etablierung von Regionalbüros, also noch verzweigter als die heute  
17 gängige Bundeslandsebene. Diese dienen zugleich als Möglichkeit, die lokale Identität  
18 der Bevölkerung zu stärken, einen Gegenpol zur zunehmenden Monopolisierung von  
19 Regionalzeitungen darzustellen (sogenannte „Einzeitungskreise“) und auch als  
20 Erweiterung regionaler Werbemöglichkeiten.

21 Ein weiterer Nebeneffekt ist die damit durch den Zuschauer zunehmende Anerkennung  
22 der öffentlich-rechtlichen Anstalten („Quote“) und die steigende Akzeptanz von  
23 Rundfunkgebühren.

24 \_\_\_\_\_

25 Notizen während der Debatte:

26

27

28 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

29 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **Int I**
- 2 Antragsteller: KV Jerichower Land
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress:

## 5 **Forderung nach Drängen auf Einhaltung der Menschenrechte**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz wird aufgefordert die Forderung nach Einhaltung von  
7 Menschenrechten an die Bundesdelegiertenkonferenz weiterzuleiten. Insbesondere soll die  
8 Bundesregierung auf der Bundesdelegiertenkonferenz dazu aufgerufen werden auf  
9 Delegationsreisen und in ihren diplomatischen Beziehungen auf massive  
10 Menschenrechtsverletzungen verstärkt hinzuweisen. Dazu zählen auch Länder mit denen  
11 Deutschland intensive Handelsbeziehungen pflegt, wie Russland und China.  
12 Menschenrechte und das Schicksal von Millionen von Menschen dürfen nicht  
13 wirtschaftlichen Interessen geopfert werden.

14 **Begründung:** erfolgt mündlich

15

---

16 Notizen während der Debatte:

17

18

19

20

21

22

23

24

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

26 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



- 1 Antrag: **01**
- 2 Antragsteller: KV Quedlinburg, KV Halberstadt
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Rechenschaftsbericht der Mitglieder des Landesvorstandes**

5 Ab dem Jahr 2005 wird ein individueller Rechenschaftsbericht jedes einzelnes Mitgliedes  
6 des Landesvorstandes eingeführt. In diesem Bericht sind nicht die Aktivitäten des  
7 Vorstandes im Ganzen zu erörtern, vielmehr ist auf den individuellen Beitrag und das  
8 Engagement jedes Einzelnen einzugehen.

### 9 **Begründung:**

10 Die Antragsteller vertreten die Ansicht, dass zur Ausübung eines Amtes im  
11 Landesvorstand mehr gehört, als in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen die  
12 Sitzung zu besuchen. Da sich den Antragstellern nicht erschließt, welchen Beitrag jedes  
13 einzelne Mitglied im Landesvorstand erbringt, soll die Landesdelegiertenkonferenz dazu  
14 genutzt werden, den Mitgliedern ein Bild über die Arbeit des Landesvorstandes und der  
15 ihn tragenden Mitglieder zu gewähren.

16 Die Antragsteller verfolgen das Ziel, dass jede(r) Delegierte, die Möglichkeit erhält,  
17 detailliert Einblick in die Arbeit jedes Mitglied des Vorstandes zu bekommen. Aus Sicht  
18 der Antragsteller haben alle Kreis- und Stadtverbände ein Recht darauf zu erfahren,  
19 inwieweit sich die von der Landesdelegiertenkonferenz gewählten Mitglieder des  
20 Landesvorstandes in die Arbeit einbringen. Deshalb halten wir einen Rechenschaftsbericht  
21 jedes einzelnen Vorstandsmitgliedes für unverzichtbar.

22

---

23 Notizen während der Debatte:

24

25

26

27

28 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

29 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt

09./10. Oktober 2004

BAJ Magdeburg



1 Antrag: **O2**

2 Antragsteller: KV Quedlinburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Beschluss über Tagungsort der Landesdelegiertenkonferenz**

5 Ab dem Jahr 2005 entscheidet der Landesausschuss über den Tagungsort der  
6 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen- Anhalt.

### 7 **Begründung:**

8 Der Landesausschuss ist das Gremium der Kreisverbände, welche die Basis unseres  
9 Verbandes bilden. Zugleich ist er das höchste beschlussfassende Organ zwischen den  
10 Landesdelegiertenkonferenzen. Da die Landesdelegiertenkonferenz eine der Säulen der  
11 zukünftigen Arbeit des Verbandes ist, ist der Antragsteller der Auffassung, dass der  
12 Veranstaltungsort für solch ein wichtiges Ereignis von der Basis unseres Landesverbandes  
13 festgelegt werden sollte.

14

---

15 Notizen während der Debatte:

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

25 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Antrag: **O3**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Basisaktivitäten honorieren**

5 Der Juso-Landesvorstand wird aufgefordert, Einfluss auf den SPD-Landesverband zu  
6 nehmen, damit die Aktivitäten der regionalen Gliederungen der SPD stärker als bisher  
7 gefördert und honoriert werden. Dabei soll überprüft werden, ob die Höhe der Mittel, die  
8 bisher für landesweite Kampagnen und Projekte zur Verfügung gestellt wurde, aber  
9 geringe Effekte hervorbrachten, gerechtfertigt ist. Stärker als bisher sollen Initiativen und  
10 Aktionen der regionalen Gliederungen durch den Landesverband unterstützt werden.

11 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, die bisherigen Gesamtkosten zur Umsetzung  
12 des Mitgliederpreises „20plus“, inklusive der „Willkommen-an-Bord-Party“ 2004 sowie  
13 der Arbeitszeitkosten zur Koordinierung entsprechender Veranstaltungen, offen zu legen.

### 14 **Begründung:**

15 Die Aktivitäten regionaler Gliederungen des SPD-Landesverbandes werden durch  
16 differenzierte Intentionen geprägt. Eine einseitige Orientierung auf die Gewinnung neuer  
17 Mitglieder ist dabei ebenso wenig erfolgversprechend für langfristig positive Ergebnisse  
18 der Arbeit unserer Partei wie die Bewahrung des status quo. Die beabsichtigte  
19 Gewinnung neuer Mitglieder muss parallel mit der Bindung vorhandener Mitglieder  
20 realisiert werden.

21 Bei der Gewinnung und Bindung neuer Mitglieder kommt den Jusos eine besondere Rolle  
22 zu. Jugendliche und junge Erwachsene sind in der Regel begeisterungsfähiger als  
23 Menschen, die diese Lebensabschnitte bereits absolviert haben. Jugendliche und junge  
24 Erwachsene sind aber gleichzeitig weniger bereit, sich langfristig zu binden. Ihnen  
25 müssen Angebote gemacht werden, die kurzfristige, projektorientierte Aktivitäten mit  
26 langfristigen Zielen verknüpfen. Die Orientierung erfolgt dabei primär an etwa  
27 gleichaltrigen Mitgliedern des Ortsvereins. Das Vorhandensein von Ansprechpartnern vor  
28 Ort ist unabdingbar. Lebendige Parteiarbeit findet eben vor allem vor Ort statt. Hierbei  
29 sind die Ortsvereine zu unterstützen

30 Der bisherige Verlauf der Mitgliederinitiative 20plus kann aus Sicht der Jusos nicht  
31 befriedigend beurteilt werden.. Auch nach Verlängerung der Antragsfrist stellt sich die  
32 Anzahl der eingereichten zu prämierenden Vorschläge in einer Größe dar, die der  
33 Aufgabe, Mitglieder zu gewinnen und zu binden, keinesfalls gerecht werden kann. Nach

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 wie vor steht der Nachweis aus, dass diese Initiative signifikant zur Gewinnung neuer  
2 Mitglieder beigetragen hat.

3 \_\_\_\_\_

4 Notizen während der Debatte:

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen:                      Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

23 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



1 Antrag: **O4**

2 Antragsteller: SV Magdeburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Finanzielle Unterstützung der Juso-Hochschulgruppen**

5 Der Landesverband der Jusos Sachsen-Anhalt richtet für die Juso-Hochschulgruppen ein  
6 jährliches Budget in Höhe von 500,00 Euro ein, dass projektbezogen und paritätisch  
7 ausgezahlt wird.

8 **Begründung:** erfolgt mündlich

9

---

10 Notizen während der Debatte:

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

23 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_



# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **O5**
- 2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress, Landesparteitag und Bundesparteitag:

## 5 **Die Macht der Antragskommissionen begrenzen**

6 Die Bildung von Antragskommissionen erfolgt aus Gründen der organisatorischen  
7 Straffung der Antragberatung auf Parteitag. Diese Funktion sollen  
8 Antragskommissionen auch in Zukunft erfüllen, z.B. durch den Vorschlag des  
9 Zusammenfassens sinnidentischer Anträge. Sind organisatorische Notwendigkeiten, die  
10 ein Eingreifen der Antragskommission erfordern, nicht vorhanden, so hat die  
11 Antragskommission in Zukunft nicht mehr die Annahme oder Ablehnung des Antrages  
12 vorzuschlagen, sondern den Antrag mit der Bemerkung „Abstimmung in vorliegender  
13 Form“ zu versehen und sich in der Rolle der Antragskommission nicht inhaltlich zu  
14 äußern. Die Befugnisse der Antragskommissionen sind in diesem Sinne in den  
15 entsprechenden Satzungen zu regeln.

### 16 **Begründung:**

17 Für den Vorsitzenden des Präsidiums gilt die Regel, dass er Anträge zur Abstimmung  
18 bringen kann, aber die Delegierten nicht bitten darf den Antrag anzunehmen oder  
19 abzulehnen. Ähnlich dem Präsidium auf Parteitagen der SPD, kommt der  
20 Antragskommission eine organisatorische Aufgabe zu. Die aus einer erhobenen  
21 organisatorischen Stellung erwachsene (massenpsychologischen) Machtposition und der  
22 Vertrauensvorschuss der Delegierten für die honorigen Mitglieder der Antragskommission  
23 dürfen nicht für eine inhaltliche Beeinflussung des Plenums ausgenutzt werden. Das heißt  
24 nicht, dass sich die Mitglieder der Antragskommission nicht in die inhaltliche Debatte  
25 einbringen sollen, aber es heißt, dass sie es nicht als Antragskommission, sondern als  
26 ganz normale Delegierte tun müssen.

27

---

28 Notizen während der Debatte:

29

30 Abstimmungen:                    Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

31 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **O6**  
2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
4 Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress

## 5 Einführung der Dickenquote

6 Wir fordern den Juso-Bundesverband dazu auf, in anbetracht der fortschreitenden  
7 Diskriminierung von Dicken in Zukunft bei der Besetzung der Delegationen zum Juso-  
8 Bundeskongress auf eine harte 20%-Dickenquote zu bestehen. Ist nicht jede(r) fünfte  
9 Delegierte ein(e) Dicke(r), werden solange den anderen Delegierten ihre Mandate  
10 aberkannt, bis die Dickenquote erfüllt ist. Auch ist darauf zu achten, dass die  
11 RednerInnenliste adäquat quotiert ist. Auch hier gilt wieder: meldet sich kein(e) Dicke(r)  
12 mehr zu Wort, darf auch kein(e) Dünne(r) mehr reden. Zu diesem Zwecke ist zu Beginn  
13 jedes Bundeskongresses eine offizielle öffentliche Delegiertenwiegung anzusetzen. Die zu  
14 überschreitende Marke ist ein BMI von 30 (Gewicht in kg geteilt durch Körpergröße in m  
15 zum Quadrat). Wenn ein(e) Delegierte(r) das Gefühl hat diese Marke während des  
16 Bundeskongresses aufgrund exzessiven Bierkonsums oder übertriebenen  
17 Nahrungsmittelverbrauchs überschritten zu haben, kann eine nachträgliche  
18 Gewichtsermittlung durchgeführt werden. Die vorherige Entleerung der Blase ist hierbei  
19 jedoch unter mindestens akustischer Kontrolle zu vollziehen.

20 Begründung: Laut den neuesten Studien ist jede(r) fünfte Deutsche stark übergewichtig.  
21 Diese übergewichtige Minderheit wird von der Mehrheit diskriminiert und politisch isoliert.  
22 Daher muss es das Bestreben der Jusos sein, eine Gleichberechtigung herzustellen. Dies  
23 kann natürlich nur durch diskriminierende Regeln geschehen, so ist das Aberkennen von  
24 Mandaten, die von Dünnen nur deshalb besetzt werden, weil sie in ihren  
25 Landesverbänden die Dicken knechten und verdrängen, ein probates Mittel. Weil Dicke  
26 von Natur aus schüchterner sind (das kommt von ihrer dickenspezifischen Erziehung:  
27 Schokolade statt Spielzeugautos), müssen sie auch auf der RednerInnenliste stärker  
28 repräsentiert sein. Erst wenn den Dünnen das Reden verboten wird, wenn kein(e) Dicke(r)  
29 mehr reden möchte, werden die Dünnen anfangen die Dicken zu ermutigen.

30

31 Notizen während der Debatte:

32 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

33 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



1 Antrag: **07**

2 Antragsteller: KV Westliche Altmark

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Frauenquote abschaffen!**

5 Wir beantragen die Frauenquote bei den Jusos und in der SPD abzuschaffen.

### 6 **Begründung:**

7 Bei personellen Entscheidungen muss auf die Kompetenz und den Sachverstand der zur  
8 Verfügung stehenden Menschen geblickt werden. Die Einzelpersönlichkeit als solche muss  
9 die Basis der Entscheidung bilden und nicht ihr Geschlecht.

10

---

11 Notizen während der Debatte:

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

23 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Antrag: **O8**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Verzicht auf die Verletzung sprachlicher Regeln beim Versuch** 5 **sprachlicher Gleichberechtigung**

6 Die Jusos Sachsen-Anhalt verzichten in ihren Veröffentlichungen auf die Benutzung des  
7 Binnen-»l«s (wie zum Beispiel in »StudentInnen«). Zur Wahrung der Gleichberechtigung  
8 in Veröffentlichungen sind andere geeignete Methoden zu wählen, bei denen auf  
9 korrektes Deutsch und die Einhaltung elementarer typographischer Regeln geachtet wird.

### 10 **Begründung:**

11 Die deutsche Sprache und Typographie lässt das vermutlich von der »taz« erfundene  
12 Binnen-l nicht zu. Die Aussprache ist nicht geklärt. Sprache ist das einzige Werkzeug bei  
13 der Teilnahme am politischen Meinungsbildungsprozess; entsprechend sorgsam sollten  
14 wir mit diesem Werkzeug umgehen und uns nicht bereits durch eine falsche Verwendung  
15 diskreditieren. Wir erkennen an, dass Sprache das Denken prägt. Die Verwendung  
16 geschlechtsspezifischer Formen ist in der deutschen Sprache ein Problem. Eine wirklich  
17 überzeugende Lösung gibt es noch nicht. Die jeweiligen Veröffentlichenden sollen sich für  
18 die im jeweiligen Zusammenhang am besten geeignete Möglichkeit entscheiden.  
19 Beispielsweise wären denkbar:

20 \* Verwendung nur einer geschlechtsspezifischen Form mit Einleitungssatz, in dem um  
21 Verständnis gebeten wird.

22 \* Verwendung geschlechtsneutraler Formen wie »Studierende«.

23 \* Verwendung der geschlechtsspezifischen Formen im Wechsel pro Absatz, Seite, Kapitel  
24 oder Dokument.

25 Ähnlich ungeeignet ist die Form »Student/innen«, da diese unter den gleichen Problemen  
26 leidet wie die Binnenmajuskel.

27

28 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

29 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **U1**
- 2 Antragsteller: AG UVE über Landesvorstand, KV Schönebeck
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an das Bundesverkehrsministerium
- 5 Zur Weiterleitung an Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe

## 6 **Mehr Transparenz beim Saale-Kanal**

- 7 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern das Bundesverkehrsministerium auf, beim eingeleiteten
- 8 Planfeststellungsverfahren zum Saale-Elbe-Kanal mehr Transparenz zu schaffen. Das
- 9 Gutachten über die Wirtschaftlichkeit des Projektes, welches seit März 2004 fertig ist,
- 10 aber weder interessierten Bundestags-Abgeordneten noch Umweltschützern öffentlich
- 11 gemacht wird, muss im vollen Wortlaut allgemein öffentlich zugänglich gemacht werden.
- 12 Fachlich angebrachte Kritik an Verfahrensfehlern in Gutachten muss seitens des
- 13 Verkehrsministeriums zur Kenntnis genommen werden und zu entsprechenden
- 14 Konsequenzen bei zukünftigen Gutachten führen.
- 15 Zudem sollte das Verkehrsministerium vor Planung eines neuen Kanals ein
- 16 Gesamtkonzept für die zukünftige Nutzung von Saale und Elbe erstellen und öffentlich
- 17 machen sowie die öffentliche Diskussion anhand vorliegender Sachfakten führen.

18 **Begründung:** erfolgt mündlich

19

---

20 Notizen während der Debatte:

21

22

23

24

25

26 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

27 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **U2**
- 2 Antragsteller: AG UVE über Landesvorstand, KV Schönebeck
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4
- 5 Zur Weiterleitung an die Landesregierung Sachsen-Anhalt:

## 6 **Ökologische Kreisgebietsreform**

7 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung von CDU und FDP auf, beim  
8 erneuten Versuch der Umsetzung einer Kreisgebietsreform auch ökologische Aspekte zu  
9 berücksichtigen. So sind neue Kreise bzw. Verwaltungseinheiten so zu wählen, dass die  
10 Sitze dieser Einheiten möglichst zentral in kompakten Flächengebilden liegen.  
11 Kreisähnliche Formen der zukünftigen Verwaltungseinheiten sind solchen mit eher  
12 länglicher Struktur und dezentralem Verwaltungssitz vorzuziehen, um die durch  
13 Verwaltungsakte bedingten Fahrten streckenmäßig auf ein Minimum zu reduzieren.

14 Begründung: erfolgt mündlich

15

---

16 Notizen während der Debatte:

17

18

19

20

21

22

23

24

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

26 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **U3**
- 2 Antragsteller: SV Halle
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

## 5 **Bergbaufolgelandschaft nutzen**

6 Auf dem Landesparteitag wird der SPD-Landesvorstand aufgefordert, eine  
7 Wassertourismuskommission zur Erschließung und Koordinierung der touristischen und  
8 wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bergbaufolgelandschaften in Sachsen-Anhalt  
9 einzurichten.

### 10 **Begründung:**

11 Der Raum Halle-Dessau-Leipzig war im vorbergbaulichen Zustand durch eine  
12 ausgeprägte Armut an Standgewässern geprägt. Mit der zunehmenden  
13 Tagebaustilllegung seit 1990 sind die Voraussetzungen für Tagebaurestseen erfüllt. Diese  
14 Restseen sollten einer wirtschaftlichen, touristischen und nachhaltigen Nutzung zugeführt  
15 werden.

16 Die neue Seenlandschaft wird 2050 über eine Wasserfläche von ca. 175km<sup>2</sup> verfügen,  
17 dazu zählen z.B. der Geiseltalsee, die Goitzsche, der Muldestausee, der Concordiasee,  
18 der Gröberner See u.a.. Diese könnten unterschiedlich genutzt werden, von der  
19 Speicherwirtschaft über Freizeit- und Erholungswirtschaft bis hin zu Natur- und  
20 Landschaftsfläche.

21 Ziel der einzurichtenden Kommission soll es sein, die Mitteldeutschen  
22 Bergbaufolgelandschaften touristisch zu erschließen und zu vermarkten. Aktionen wie das  
23 „Blaue Band“ oder die Aktivitäten des Interessen – und Förderverein „Geiseltalsee“ e.V.  
24 zeigen erste Schritte auf dem richtigen Weg. Mit Blick auf den Regierungswechsel 2006,  
25 sollten durch die einzusetzende Kommission Aktivitäten und Potenziale gebündelt werden  
26 und ein Politikfeld in Sachsen-Anhalt vorbereitend besetzt werden.

27 Für die Besetzung dieser Kommission schlagen wir vor:  
28 Katrin Budde; Wirtschaftsministerin a.D.  
29 Martin Zenker; amtierender AG-UVE-Vorsitzender  
30 Marko Mühlstein; UVE-Vorsitzender a.D.  
31 Jens Bullerjahn; Fraktionsvorsitzender  
32 Bianca Kachel; Sprecherin für Tourismuspolitik  
33 Rainer Metke; Sprecher für Regional- und Strukturpolitik

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Peter Oleikewitz; Landwirtschafts- und Umweltpolitik  
2 sowie kommunale Vertreter der angrenzenden Regionen

3 \_\_\_\_\_

4 Notizen während der Debatte:

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen:                    Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

23 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_



# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



1 Antrag: **U4**

2 Antragsteller: SV Magdeburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Luftverkehrskonzept für Sachsen-Anhalt**

5 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel  
6 einzusetzen, um von der Landesregierung endlich ein in sich stimmiges und tragfähiges  
7 Luftverkehrskonzept für Sachsen-Anhalt durchzusetzen.

8 Darin soll der offenkundigen Unwirtschaftlichkeit des Flughafens Cochstedt dahingehend  
9 Rechnung getragen werden, dass dieser nicht mehr Bestandteil des Luftverkehrskonzepts  
10 ist.

11 **Begründung:** erfolgt mündlich

12

---

13 Notizen während der Debatte:

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

24 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



- 1 Antrag: **U5**
- 2 Antragsteller: AG UVE über Landesvorstand, KV Schönebeck
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Abschaffung von „Kunst-am-Bau“ - Klauseln**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich dafür aus, bestehende Klauseln über „Kunst-am-  
6 Bau“ bei öffentlichen Gebäuden abzuschaffen und durch eine Forderklausel „Ökologie  
7 am Bau“ zu ersetzen. In dieser sind dann Forderungen über den Einsatz regenerativer  
8 Energien am Bauobjekt, bspw. Solarthermie zur Warmwasserbereitung, und Maßnahmen  
9 zur Energieeinsparung einzubauen.

10 **Begründung:** erfolgt mündlich

11

---

12 Notizen während der Debatte:

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

24 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **U6**
- 2 Antragsteller: AG UVE über Landesvorstand, KV Schönebeck
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an die SPD-Mitglieder im Verkehrsausschuss des Bundestages:
- 5 **Transrapid-Strecke „Hauptstädte-Express“**
- 6 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Prüfung des Baus und Betriebes einer  
7 Transrapidstrecke (bzw. im Zuge der technologischen Weiterentwicklung Post-  
8 Transrapidstrecke) Hamburg-Berlin-Dresden-Prag-Brno-Bratislava-Wien-Budapest-  
9 Bukarest-Sofia zur Umsetzung bis 2040. Die Strecke soll konkurrenzfähig zum  
10 innereuropäischen Flugverkehr sein und sich im Trassenverlauf an bereits bestehenden  
11 Lärmkorridoren (z.B. in der Nähe von Autobahnen) orientieren. Auf Zwischenhalte außer  
12 den genannten Städten soll verzichtet werden, um die Geschwindigkeitsvorteile des  
13 Transrapid nicht zu unterwandern.
- 14 **Begründung:**
- 15 Mit der Osterweiterung der Europäischen Union ergeben sich für den Personenverkehr in  
16 Europa neue Anforderungen. Das Flugzeug hat als Transportmittel in den vergangenen  
17 Jahren, nicht zuletzt wegen der Etablierung von Billig-Airlines, stark an Bedeutung  
18 gewonnen. Jedoch gehen mit einem zunehmenden Flugverkehr auch Probleme einher,  
19 wie eine verstärkte Belastung der Atmosphäre durch Flugabgase, deren Auswirkungen  
20 auf die Ozon-Schicht noch nicht abschließend geklärt sind, sowie eine verstärkte  
21 Lärmbelastung im Umkreis großer und mittlerer Flughäfen.
- 22 Der Transrapid, eines jener „Wunderfahrzeuge“ der 80er Jahre, wurde bisher in  
23 Deutschland nur mit halbherzigen Bemühungen vorangetrieben. Die vorgeschlagenen  
24 Strecken wurden dem Potential der Technologie nicht gerecht oder durch  
25 kleinbürgerliches Besitzstandsdenken von Bundes- und Landespolitikern von vornherein  
26 zum Scheitern verurteilt. Doch wie die chinesische Transrapid-Strecke zeigt, kann der  
27 Transrapid durchaus preiswert und effizient eingesetzt werden. Derartige Visionen fehlen  
28 für den europäischen Raum bisher komplett.
- 29 Aufgrund der regionalen Lage bietet sich die vorgeschlagene Strecke geradezu an. Auf  
30 relativ kurzen Teilstücken (im Maßstab der Transrapid-Geschwindigkeit) könnten sieben  
31 europäische Hauptstädte effizient miteinander verbunden werden. Verzichtet man vorerst  
32 auf Rumänien und Bulgarien, bleiben immer noch fünf Hauptstädte. Im Geiste der  
33 europäischen Idee ist solch eine Idee zumindest der Prüfung wert, zumal die  
34 Fahrgastpotentiale auf den einzelnen Teilstrecken durchaus vorhanden sind.

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Einer der Hauptkritikpunkte am Transrapid war die Lärmemission der Technik im Betrieb.  
2 Durch geschickt gewählte Trassenführung in bereits vorhandenen Lärmkorridoren und  
3 durch die Planung von Satelliten-Bahnhöfen in Stadtrandnähe kann diesem  
4 Lärmargument entgegen getreten werden.

5 Ein zweiter Kritikpunkt waren die Kosten. Was als innerdeutsches Projekt zum Scheitern  
6 verurteilt war, kann im europäischen Rahmen durch Verteilung der Lasten auf viele  
7 Schultern durchaus gelingen. Eine Reduzierung der Baukosten ist hierfür notwendig; aber  
8 durchaus machbar.

9

---

10 Notizen während der Debatte:

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25 Abstimmungen:                      Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

26 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Antrag: **U7**

2 Antragsteller: AG UVE über Landesvorstand, KV Schönebeck

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an die SPD-Mitglieder im Verkehrsausschuss des Bundestages:

## 5 **Flugbenzin und Schiffsdiesel versteuern!**

6 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass zur Steigerung der Chancengleichheit auf dem  
7 nationalen, transnationalen und globalen Transportsektor sowohl Flugbenzin als auch  
8 Schiffsdiesel europaweit, mittelfristig auch weltweit, besteuert werden. Der  
9 Verkehrsausschuss des Bundestages möge Bestrebungen in diese Richtung unterstützen  
10 und die mögliche Umsetzung dieser Steuern ökologisch, ökonomisch und juristisch prüfen.

11 **Begründung:** erfolgt mündlich

12 \_\_\_\_\_

13 Notizen während der Debatte:

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

24 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **S1**  
2 Antragsteller: KV Quedlinburg  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

5 **Unterstützung des Volksbegehrens in Sachsen- Anhalt – für einen**  
6 **gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder**  
7 **in Krippe oder Kindergarten**

8 Die Jusos Sachsen- Anhalt unterstützen die Forderungen des Volksbegehrens nach einem  
9 gesetzlichen Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung für Kinder in Krippe und  
10 Kindergarten. Sowohl die derzeitige Regelung als auch den Kompromissvorschlag der  
11 Landtagsfraktion der SPD lehnen wir ab.

12 **Begründung:**

13 Eine ganztätige Kinderbetreuung ist eines der wichtigsten Instrumente, Menschen in den  
14 Arbeitsmarkt zu integrieren. Auch wenn die derzeitige Regelung bundesweit mit zu den  
15 besten gehört, ist dies aus Sicht des Antragstellers kein Grund, den Anspruch auf eine  
16 Betreuung auszuhöhlen. Viele andere Bundesländer und der Bund geben Millionen Euro  
17 aus, um auch nur annähernd das Niveau der Kinderbetreuung in den neuen  
18 Bundesländern zu erreichen. Hier haben wir einen Vorsprung, den wir nicht leichtfertig  
19 aufgeben dürfen. Das häufig zu vernehmende Argument, Arbeitslose könnten ihre Kinder  
20 schließlich selbst betreuen, verkennt die wahren Potenziale einer Betreuung von Kindern  
21 in Krippe oder Kindergarten. Schon allein aufgrund der demographischen Entwicklung  
22 und der Abwanderung, mit der sich Sachsen- Anhalt konfrontiert sieht, werden in einigen  
23 Jahren viele Arbeitskräfte gebraucht. Beschneiden wir jetzt massiv die Ansprüche auf eine  
24 Ganztagsbetreuung, zerstören wir die Arbeitsmarktchancen unserer und zukünftiger  
25 Generationen. Warum sollen wir die Fehler wiederholen, die von allen  
26 Entscheidungsträgern in den alten Bundesländern langsam als solche erkannt und  
27 schrittweise korrigiert werden? Des weiteren erlernen Kinder im täglichen Umgang mit  
28 anderen Kindern eher soziale Kompetenzen als wenn sie jahrelang ausschließlich zu  
29 Hause leben. Gemeinsames Lernen und gemeinsames Spielen sind eine der  
30 Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung junger Menschen.

31

32 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

33 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **S2**
- 2 Antragsteller: SV Halle
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an die Bundesregierung:

## 5 **Finanzierung von KiTa-Plätzen**

- 6 De Bundesregierung wird aufgefordert, neben dem Investitionsprogramm für  
7 Ganztagschulen "Zukunft Bildung und Betreuung" auch den Finanzierungsanteil des  
8 Bundes für Kinderbetreuungseinrichtungen (KiTa) der Kommunen auszuweiten.

### 9 **Begründung:**

10 Mit der Einbringung des Tagesbetreuungsgesetzes (TAG) in den Bundestag hat sich die  
11 Bundesregierung zur Problematik der Kinderbetreuung bekannt. Ebenso wie im Bereich  
12 der Ganztagschulen soll mit der Erweiterung des Kinderbetreuungsangebotes Bildung,  
13 Betreuung und Erziehung von Kindern verbessert werden. Zusätzlich soll sich damit eine  
14 Entlastung der Eltern bei der Erziehungsarbeit verbinden, um auf diesem Wege die  
15 Wahlmöglichkeiten besonders für junge Frauen real zu erhöhen. Vor allem in den alten  
16 Bundesländern fehlt es weitestgehend an einem bedarfsgerechten Angebot zur  
17 Kinderbetreuung – insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Bundesfamilienministerin  
18 Schmidt hat in ihrer Rede zur Einbringung des Gesetzes darauf hingewiesen, dass in der  
19 Politik neue Prioritäten für Familien und Kinder zu setzen sind. Sie verweist darauf, dass  
20 die Bundesregierung diese Prioritäten setzt und dass dies ebenfalls von Ländern und  
21 Kommunen erwartet wird. Die Prioritätensetzung in diesem Bereich wird jedoch durch die  
22 prekäre Haushaltssituation der Kommunen eingeschränkt. Zum jetzigen Zeitpunkt werden  
23 ungefähr 50-60% der Kosten für die Kinderbetreuung aus Mitteln der Kommune  
24 aufgebracht. Ungefähr 30% der Finanzierung wird vom Land getragen, die ihren  
25 Zuschuss wiederum durch die Mittel des Bundes finanziert. Insgesamt kommen auf diesem  
26 Wege etwa 1% der Bundeszuschüsse bei den Kommunen an. Zum Ausbau der  
27 Kinderbetreuung in den Kommunen muss aber eindringlich auf das Konnexitätsprinzip  
28 verwiesen werden. Diesem Prinzip folgend ist eine Erhöhung der Bundeszuschüsse für die  
29 Kommunen nicht nur erforderlich sondern Voraussetzung für die Umsetzung des TAG.

30

31 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

32 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **S3**
- 2 Antragsteller: SV Halle
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

## 5 **Feststellenprogramm fortsetzen!**

- 6 Das Feststellenprogramm Sachsen-Anhalt im Bereich der freien Träger der Jugendarbeit  
7 soll mit einem Nachfolgeprogramm fortgesetzt werden. Die inhaltlichen Kriterien für die  
8 Förderung künftige Feststellen sollen dabei auch darauf ausgerichtet sein, politische  
9 Bildungsträger mit freien Trägern gleichzustellen.

### 10 **Begründung:**

11 Das gegenwärtige Feststellenprogramm läuft zum 31. Dezember 2004 aus und die  
12 Landesregierung hat im Doppelhaushalt für 2005 und 2006 keine Mittel mehr für ein  
13 Nachfolgeprogramm vorgesehen. Gleichzeitig ist es Ziel der Politik Sachsen-Anhalts,  
14 soziale Kompetenz und Engagement zu fördern und dafür Sorge zu tragen, dass alle  
15 Kinder und Jugendliche vielfältige Angebote wahrnehmen können. Die Landesregierung  
16 will eine Politik, die auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet ist und  
17 Eigeninitiative sowie Mitgestaltung fördert. Dabei weist sie selbst darauf hin, dass insofern  
18 auch jenen Kindern und Jugendlichen Hilfen angeboten werden muss, die sich in einer  
19 schwierigen Lebenssituation befinden oder sozial benachteiligt sind. Das soll mit  
20 vielfältigen Angeboten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gewährleistet werden.  
21 Weiter heißt es im Internetauftritt des Sozialministeriums das Sachsen-Anhalt mit  
22 Förderprogrammen wie zum Beispiel dem Feststellenprogramm über geeignete  
23 Instrumente verfügt, um eine qualitativ hochwertige und landesweit vernetzte Jugendarbeit  
24 abzusichern.

25 Durch die Einstellung des Feststellenprogramms würden die finanziellen Mittel zur  
26 Unterstützung von 237 Stellen (135 Vollzeit- und 102 Teilzeitstellen) wegfallen, die seit  
27 1998 geschaffen wurden. Dieses Wegfallen würde die Qualität der Jugendarbeit  
28 nachhaltig beeinträchtigen.

29

30

31



# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Auch die politischen Bildungsträger betreiben Jugendarbeit und bieten durch ihr  
2 Engagement Angebote an, die das soziale Netz der jungen Menschen und das  
3 Lebensumfeld verbessern. Insofern besteht kein wesentlicher Unterschied zu anderen  
4 freien Trägern, jedoch keine Möglichkeit zur Förderung im Rahmen des  
5 Feststellenprogramms. Diese Differenzierung sollte in den künftigen Förderrichtlinien  
6 beseitigt werden.

7

---

8 Notizen während der Debatte:

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen:                      Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

25 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **S4**
- 2 Antragsteller: KV Quedlinburg
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag möge beschließen:

## 5 **Solidarische Bürgerversicherung**

- 6 1. Wir fordern die Einführung einer Solidarischen Bürgerversicherung im  
7 Gesundheitswesen. Mit diesem Modell wird die Finanzierung des Gesundheitssystems  
8 gerechter, einfacher und transparenter organisiert sowie gleichzeitig eine grundsätzlich  
9 neue Struktur des Sozialstaats im 21. Jahrhundert entworfen. Das Konzept zeigt, wie  
10 Finanzierbarkeit und das Prinzip Solidarität vereinbart werden können.
- 11 2. Die zum 1.1.2004 in Kraft getretene Gesundheitsreform löst die Probleme nicht. Die  
12 eigentlich notwendigen Strukturreformen wurden nicht auf den Weg gebracht, dafür aber  
13 vor allem die abhängig Beschäftigten belast.
- 14 3. In einer Solidarischen Bürgerversicherung sollen alle Bürgerinnen und Bürger versichert  
15 werden. Die Finanzierung erfolgt, in dem jede und jeder auf alle Einkünfte unabhängig  
16 von Höhe oder Einkommensart den gleichen prozentualen Beitrag leistet, unter Wegfall  
17 der Beitragsbemessungsgrenze und der Versicherungspflichtgrenze. Alle geben von allem  
18 den gleichen Anteil. So wird eine **drastische Beitragssenkung auf unter 10%** und eine  
19 gerechte Lastenverteilung erreicht.
- 20 4. Unabhängig von der Einnahmeseite der gesetzlichen Krankenversicherung werden wir  
21 die notwendigen Strukturreformen, mit denen unser Gesundheitssystem effektiver und  
22 menschlicher gemacht wird, so mit einem solidarischen Finanzierungssystem verbinden,  
23 das den Faktor Arbeit entlastet und damit auch ökonomisch neuen Schub bietet. Die  
24 erforderlichen Strukturreformen müssen mehr Qualität, mehr Effizienz, weniger  
25 Verschwendung und mehr Prävention gewährleisten.

### 26 **Begründung:**

27 Das Modell der Solidarischen Bürgerversicherung bietet viele Vorteile:

#### 28 **a. Drastische Senkung des Beitragssatzes**

29 Bislang werden Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung ausschließlich auf  
30 Grundlage der „Beitragsbemessungsbasis“ erhoben, die sich wie folgt zusammen setzt:

31

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



- 1 - den Anteil von Löhnen, der unter 3.450,- Euro im Monat liegt,
- 2 - Renten mit halben Beitragssatz,
- 3 - freiwillig Versicherte mit derzeit maximal rund 500,- Euro im Monat

4 Bei der Solidarischen Bürgerversicherung kämen hinzu:

- 5 - der Anteil von Löhnen über 3.450,- Euro monatlich,
- 6 - Miet-, Zins- und Kapitalerträge
- 7 - Einkünfte aus selbständiger Arbeit

8 Dadurch würde sich die Beitragsbemessungsbasis nahezu verdoppeln, während die  
9 Ausgaben durch zusätzliche Versicherte (bisherige Privatversicherte) nur um knapp 10%  
10 steigen würden. Da nun aus einer doppelt so großen Basis nur 10% höhere Kosten  
11 zu finanzieren wären, würde sich der prozentuale Beitrag um bis zu 40% reduzieren.

12 Werden bei der Solidarischen Bürgerversicherung alle Einkünfte mit dem gleichen  
13 Beitragssatz herangezogen, ist mit einem Beitrag unter 10%, vermutlich sogar deutlich  
14 darunter, zu rechnen.

## 15 **b. Dauerhafte Beitragssatzstabilität und Nachhaltigkeit**

16 Wenn die Bemessungsgrundlage sämtliche Einkünfte umfasst, kann davon ausgegangen  
17 werden, dass bei gleichbleibender medizinischer und demo-graphischer Entwicklung der  
18 für Gesundheitsleistungen erforderliche Anteil des Gesamteinkommens auch in Zukunft  
19 weiterhin stabil bleibt. Zumindest entspricht dies der Erfahrung der letzten dreißig Jahre.  
20 Strukturveränderungen- weniger unnötiger technischer Aufwand, weniger Doppelungen,  
21 bessere Prävention und höhere Versorgungsqualität- könnten mittelfristig sogar zu einem  
22 weiteren Absinken des Beitragssatzes führen.

## 23 **c. Volkswirtschaftliche Vernunft**

24 Mit der Solidarischen Bürgerversicherung wird der Faktor Arbeit endlich wirksam  
25 entlastet, mindestens um fünf Prozent, weil nicht nur Arbeitseinkommen zur Finanzierung  
26 herangezogen werden. Zusätzlich würde durch den gewollten Umverteilungseffekt-  
27 Entlastung unterer und mittlerer Einkommen und Belastung sehr hoher Einkommen- bei  
28 der großen Zahl der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen ein erhebliches  
29 Kaufkraftvolumen zugunsten der Binnennachfrage freigesetzt.

30 Außerdem bedarf die Solidarische Bürgerversicherung keines Kapitalstocks, weil durch  
31 die Einbeziehung von Vermögenserträgen der in der Gesellschaft vorhandene  
32 Kapitalstock ohnehin zur Finanzierung herangezogen wird.

33

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



## 1 d. Soziale Verteilungsgerechtigkeit

2 Unterstellt man, dass die Versorgung bei Krankheit zu den wesentlichen Aufgaben der  
3 Daseinsvorsorge gehört, so ist das Konzept gemeinsamer Finanzierung nach  
4 Leistungsfähigkeit über den gleichen prozentualen Beitrag das gerechteste Verfahren  
5 (siehe z.B. die Steuerfinanzierung bei Schulen, Straßen, Polizei, Kanalisation, etc.). Die  
6 Analogie ist schlüssig, weil ähnlich wie bei den genannten Beispielen keine Äquivalenz  
7 zwischen eingezahltem Beitrag und erhaltener Leistung besteht – letztere kann nur nach  
8 Notwendigkeit in Anspruch genommen werden. Eine weitere Analogie ist die fehlende  
9 Konsumentensouveränität, nämlich die Unverzichtbarkeit der in Anspruch genommenen  
10 Leistung im Bedarfsfall.

11 Die Solidarische Bürgerversicherung ist verteilungsneutral. Wird von jedem Einkommen  
12 der gleiche prozentuale Anteil herangezogen, so bleiben Wohlhabendere genauso  
13 wohlhabender wie vorher. Die Wohlstandverteilung bleibt gleich. Im Gegensatz dazu  
14 führen alle Modelle mit Beitragsbemessungsgrenzen oder Kopfpauschalenmodelle zu  
15 einer Umverteilung von unten nach oben: Wohlhabendere mit Einkommen oberhalb der  
16 Grenze sind hinterher relativ noch wohlhabender.

## 17 e. Familienfreundlichkeit

18 Im Gegensatz zu Kopfpauschalenmodellen privilegiert die Solidarische  
19 Bürgerversicherung Familien und Familienarbeit. Angesichts unterschiedlicher und  
20 wechselnder Familienentwürfe stellt sie in jeder Lebensphase sicher, dass eine  
21 gleichmäßige Belastung aktueller Einkommens- und Erwerbssituationen erfolgt.

## 22 f. Generationengerechtigkeit

23 Ein Mangel an Generationengerechtigkeit kann bei der Finanzierung des  
24 Gesundheitswesens nicht durch vermeintlich höhere Kosten im Alter entstehen –

25 Irgendwann trifft „Alter“ jeden. Ungerecht kann allenfalls sein, wenn durch steigende  
26 Beiträge die heute Älteren früher einen geringeren Einkommensanteil zur Finanzierung  
27 abgeben mussten, als die heute jüngeren Generationen. Wird dagegen ein nachhaltig  
28 stabiler Beitragssatz erreicht (s.o.), ist das Problem gelöst.

29

30 Notizen während der Debatte:

31 Abstimmungen:                    Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

32 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Antrag: **S5**

2 Antragsteller: KV Quedlinburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, Landesparteitag, Bundesparteitag, das  
5 Parteipräsidium mögen beschließen:

## 6 **Bürgerversicherung vor Wahl 2006 einführen**

7 Die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, sofortige  
8 rechtliche Prüfungen durchzuführen, inwiefern Teile des Parteitags- und  
9 Parteivorstandsbeschlusses zur Bürgerversicherung kurzfristig eingeführt werden können  
10 und somit einen sozial gerechten Umbau des Gesundheitssystems einzuleiten.

11 Denn nur durch den aktiven Willen zur sozialen Gerechtigkeit kann die SPD die  
12 Bürgerversicherung auch als politisches Erfolgsvorhaben in ihr Wahlprogramm  
13 aufnehmen.

### 14 **Begründung:**

15 Eine Verabschiedung von Elementen dieses Konzepts ermöglicht die kurzfristige Erhöhung  
16 der Einnahmen der Sozialkassen (z.B. Kapitalertragssteuer) und eine schnelle  
17 Stabilisierung der Gesundheitsausgaben. Weitere, die Bevölkerung verärgern und  
18 politisch verunsichernden Sparmaßnahmen könnten umgangen werden.

19 Taktierendes Abwarten und das Nutzen der Bürgerversicherung als Wahlkampfmittel ist  
20 aber eine offene Missachtung von Parteitagsbeschlüssen und ein Missbrauch der  
21 Regierungsgewalt im Sinne von Unterlassen. Wenn wir nicht jetzt Erste Schritte zu einer  
22 Bürgerversicherung hin unternehmen wollen, haben wir Sozialdemokraten in der  
23 gesamten Legislaturperiode keine von den Wählern als sozial gerecht anerkannte Reform  
24 auf den Weg gebracht. Und die Folge ist, dass unser Stammwählerklientel sich weiterhin  
25 wenig ermutigt fühlt, uns (endlich) wieder zu wählen.

26 Um also 2006 wieder die Regierung stellen zu dürfen, brauchen wir mehr als ein reines  
27 Lippenbekenntnis zur Abgrenzung von der Union und ihrem Kopfpauschalenmodell.

28

29 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

30 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **S6**
- 2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress, Landesparteitag und Bundesparteitag  
5 mögen beschließen:

## 6 **Einrichtung eines Arbeitskreises zur** 7 **Erarbeitung eines Rentensystems sozialdemokratischen Typs**

8 Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, einen Arbeitskreis einzurichten, der sich  
9 angesichts der dramatischen demografischen Entwicklung mit einer wirklichen Reform der  
10 Alterssicherungssysteme befasst. Ziel dieses Arbeitskreises soll die Erarbeitung eines  
11 Rentensystems sozialdemokratischen Typs sein. Ein solches System beinhaltet eine  
12 Volksrente zur Sicherung des Grundbedarfs im Alter und eine leistungsabhängige  
13 Komponente, die sich an der individuellen Lebensarbeitszeit im Erwerbsleben und bei der  
14 Kindererziehung bemisst. Das sogenannte konservative - z.B. in Deutschland praktizierte -  
15 Alterssicherungsmodell, welches die Festsetzung der Rente am erzielten Einkommen  
16 festschreibt und zu der heute vorliegenden Determination der Politik zu Entscheidungen  
17 zwischen Rentenbeitragserhöhungen oder einzig alternativen Rentenkürzungen führt, ist  
18 ebenso abzulehnen, wie das liberale Modell, welches die private Absicherung weit über  
19 den Bereich der bloßen Lebensstandardsicherung hinaus zur Maxime seiner Sozialpolitik  
20 erhebt. Ein weiteres Element des sozialdemokratischen Typs der Alterssicherung ist die  
21 progressive Steuerfinanzierung. Private Absicherung erfolgt nur freiwillig ergänzend für  
22 den Fall der Lebensstandardsicherung. Somit sind niedrige Beitragssätze vor allem im  
23 unteren Einkommensbereich bei gleichzeitiger Verhinderung der Altersarmut und sozialer  
24 Besserstellung der Kindererziehenden und langjährig Arbeitstätigen unabhängig vom  
25 erzielten Einkommen sichergestellt.

### 26 **Begründung:**

27 Im konservativen Modell der Alterssicherung, wie es heute in Deutschland praktiziert wird,  
28 gibt es, wie wir schmerzlich feststellen mussten, keine Alternativen zur Reaktion auf den  
29 demografischen Wandel jenseits von Beitragserhöhungen und Rentenkürzungen. Wenn  
30 wir aus dieser Determination ausbrechen wollen, gibt es zu einer tatsächlichen und damit  
31 radikalen Reform des Rentensystems keine Alternative. Die Frage, die für die zukünftige  
32 Aufstellung der Sozialdemokratie im Spektrum der politischen Landschaft Deutschlands  
33 entscheidend ist, ist nicht etwa die der Zusammenstellung des Cocktail der „Reformen“  
34 aus Rentenkürzungen und Beitragserhöhungen, sondern die zwischen der Absicht sich  
35 dem von den Konservativen nach ihrem Bilde geschaffenen System der  
36 Rentenversicherung zu ergeben oder diesem ein sozialdemokratisches entgegensetzen.

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Unterlassen wir letzteres wird das Volk mit seiner Meinung, dass es im Prinzip egal wäre,  
2 wer regiert, letztendlich recht behalten.

3 \_\_\_\_\_

4 Notizen während der Debatte:

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22 Abstimmungen:                    Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

23 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



1 Antrag: **S7**

2 Antragsteller: KV Quedlinburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Legalisierung von Cannabis**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich für die Legalisierung von Cannabis aus.

6

7 **Begründung:** erfolgt möglich

8

---

9 Notizen während der Debatte:

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

22 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_



# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



1 Antrag: **W1**

2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, Landesparteitag und Bundesparteitag:

## 5 **Durchführung einer wissenschaftlich fundierten Bedarfsprüfung** 6 **zur Festlegung der Regelsätze für die Zahlung des ALG II**

7 Wir fordern die Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion, speziell die SPD-  
8 Bundestagsabgeordneten Sachsen-Anhalts und den Parteivorstand, dazu auf, sich dafür  
9 einzusetzen, dass jährlich eine wissenschaftlichen Grundsätzen genügende  
10 Bedarfsüberprüfung zur Festlegung der Höhe des Regelsatzes für die Zahlungen des  
11 Arbeitslosengeldes II durchgeführt wird und gegebenenfalls die Regelsätze erhöht und  
12 aneinander angeglichen werden.

13 Begründung:

14 Im Rahmen der Einführung des Arbeitslosengeldes II wird ein Regelsatz von 345 Euro für  
15 die alten Bundesländer einschließlich Ostberlin und 331 Euro für die neuen Bundesländer  
16 festgelegt. Die Festlegung dieser Regelsätze erfolgte mehr oder weniger undurchsichtig  
17 und willkürlich, was allein schon der starke Unterschied zwischen den Zahlungen im  
18 Osten und Westen zeigt. Schließlich gibt es abgesehen von den Mietkosten, die gesondert  
19 durch den Wohngeldzuschuss abgegolten werden, keine signifikanten Unterschiede  
20 zwischen den Lebenshaltungskosten in Ost und West mehr. Die letzte Bedarfsüberprüfung  
21 fand im Jahr 1989 – also noch vor der Wiedervereinigung und der Einführung des Euros  
22 statt. Seit dem werden die Regelsätze nur noch gedeckelt und willkürlich angeglichen, z.B.  
23 durch eine Kopplung an die Rentenentwicklung oder an die durchschnittliche  
24 Preisentwicklung, die stark von der Entwicklung der Lebenshaltungskosten im unteren  
25 Einkommensbereich abweicht.

26

---

27 Notizen während der Debatte:

28

29 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

30 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Antrag: **W2**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Überprüfung und Angleichung der Bedarfssätze** 5 **von Beziehern staatlicher Leistungen**

6 Die Jusos Sachsen-Anhalt setzen sich dafür ein, dass die Bedarfssätze der Bezieher  
7 staatlicher Leistungen überprüft und eventuell angeglichen werden. Sachlich nicht  
8 begründete Unterschiede sind zu beseitigen.

### 9 **Begründung:**

10 Im Rahmen der Hartz-IV-Gesetzgebung gibt es eine Festlegung des finanziellen  
11 Mindestbedarfs für das Leben in Deutschland. Dieser Bedarf dient zur Sicherung des  
12 Lebensunterhalts - zur Finanzierung von beispielsweise Lebensmitteln, Genussmitteln,  
13 Freizeit, Kultur und alltäglichen Dienstleistungen.

14 Diese Bedarfssätze müssen unabhängig von der Art der Leistung angeglichen werden. Als  
15 Beispiel seien Bezieher von BAföG genannt, die einen Wohnkostenzuschuss i.H.v. 133€<sup>1</sup>  
16 erhalten. Einem ALG-II-Bezieher werden Wohnkosten i.H.v. 248Euro<sup>2</sup> erstattet. BAföG-  
17 Empfängern wird ein Grundbedarf von 333 Euro, ALG-II-Beziehern nur 331 Euro  
18 zugestanden. Solche Unterschiede sind sachlich nicht gerechtfertigt, da beide Arten  
19 staatlicher Leistungen sich an den oben genannten Grundsätzen orientieren. Ein BAföG-  
20 Empfänger hat nicht niedrigere Kosten für angemessenen Wohnraum, nur weil er sich in  
21 einer Ausbildung befindet.

22 Als sachlicher Unterschied kann auch nicht gelten, dass BAföG (teilweise) zurückgezahlt  
23 werden muss oder dass beim BAföG wie auch beim ALG-II für unter 25-jährige auf die  
24 Eltern zurückgegriffen werden kann. Dies hat keinen Einfluß auf die tatsächlich  
25 anfallenden Kosten.

26

---

27 Notizen während der Debatte:

28 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

29 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

---

<sup>1</sup> Informationsbroschüre des BMWA, August 2004

<sup>2</sup> Die genaue Höhe hängt ab von der jeweiligen Kommune

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Antrag: **W3**

2 Antragsteller: KV Wernigerode

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, Landesparteitag, Bundesparteitag,  
5 Parteipräsidium, Bundestagsfraktion:

## 6 **Änderungen an Hartz IV retten SPD**

7 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, folgende soziale Stigmatisierungen und  
8 gegenständliche Fehler am Hartz-IV-Gesetz zu beheben:

9 Der Begriff „Bedürfnisträger“ soll aus jeglichem parteiinternen und  
10 verwaltungstechnischen Vokabular gestrichen werden. Eine alternative, positiver besetzte  
11 Formulierung wäre zum Beispiel „Anspruchsberechtigter“.

12 Der Freibetrag bei eigenem Vermögen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger muss, statt wie  
13 bisher an Alter, bzw. vorherigem Einkommen orientiert, die tatsächliche Lebensarbeitszeit  
14 im Blickpunkt haben.

15 Ebenso muss eine klare, sozial gerechte Linie beim persönlichen, einzuberechnenden  
16 Besitz gezogen werden, so dass den zukünftigen Antragstellern erlaubt wird, ihre  
17 wirtschaftliche und existenzielle Identität zu behalten.

18 Zumutbarkeitskriterien bei der Arbeitssuche müssen stärker fallorientiert gehandhabt  
19 werden – besonders in den neuen Bundesländern kann sonst relativ schnell eine  
20 Entqualifizierung von Arbeitslosen entstehen.

21 Die Möglichkeit, das Arbeitslosengeld durch zusätzliche, gering bezahlte Arbeit,  
22 sogenannte Ein-Euro-Jobs, aufzustocken wird prinzipiell begrüßt. Dennoch bleibt es für  
23 diese Art von „Arbeitnehmern“ ein soziales Stigma, ohne eigentliche, gesellschaftlich  
24 anerkannte Arbeit zu sein, vierzig Stunden die Woche arbeiten zu gehen und dabei  
25 monatlich ein „Taschengeld“ zu verdienen. Deshalb muss diese gering bezahlte  
26 Beschäftigung generell mindestens eine Vergütung von zwei Euro die Stunde betragen,  
27 um diesen Menschen über das Einkommen eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.  
28 Auch sollte diese Art von Arbeit keine pauschal festgelegte zeitliche Begrenzung erfahren,  
29 um „Drehtür-Effekte“ zu vermeiden.

30 Auch bei den Zuverdienstmöglichkeiten von ALG-II-Empfängern, wie den Minijobs, soll  
31 der Anteil der Einbehaltung für die Arbeitslosen für die ersten 400 Euro auf 25% und  
32 danach bis zu einer Obergrenze von 1500 Euro um weitere 15% steigen.

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1
- 2 Dennoch bleibt festzuhalten, dass trotz dieser Verbesserungen das Problem der fehlenden  
3 Arbeit in Deutschland nicht gelöst wird. Langfristig können „Ein-Euro-Jobs“, „Minijobs“  
4 und „Ich-Ags“ nicht allen Arbeitslosen in Deutschland wieder eine gesicherte  
5 Erwerbstätigkeit bringen.
- 6 Die Clementschen Zusatzjobs sollen ein Mittel des Förderns und Forderns sein, werden  
7 aber absehbar die Ausweitung armer, knapp über Arbeitslosengeld II, arbeitender  
8 Bevölkerungsschichten in Deutschland (sogenannter „Working Poor“) erheblich befördern.  
9 Trotz gegenteiliger Behauptungen der Regierung und Parteispitze sind diese  
10 Erwerbsmöglichkeiten geradezu vorbestimmt, die gesellschaftliche Bruttowertschöpfung zu  
11 schmälern und die Einnahmen der Sozialkassen noch weiter abzusenken.
- 12 Und die Folge für die SPD ist, dass diese Nichtbehebung von Fehlern des ökonomischen  
13 und politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland alleinig ihr angerechnet werden.
- 14 Eine Gesellschaft, in der Arbeit zu einem knappen Gut wird, muss deshalb, gerade jetzt  
15 und vertreten durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, fortschrittlich statt  
16 reaktionär dieser Entwicklung Rechnung tragen.
- 17 Begründung:
- 18 Die Ängste in der Bevölkerung werden hauptsächlich durch schlechte Information  
19 („Erklärung“) und populistische „Aufklärungen“ geschürt. Unter diesen Umständen ist es  
20 unmöglich, den Leuten Hartz IV als ein fortschrittliches Arbeitsmarktkonzept zu verkaufen.  
21 Im Gegenteil, die Unsicherheit bei den Deutschen (fast jedweden Spektrums) steigt, die  
22 Kaufkraft geht zurück und die Reform hat ihr eigentliches Ziel, „den Aufschwung“,  
23 verpasst.
- 24 Um den Menschen diese Vorstellung plausibel zu machen, bzw. sie als eine Besserung  
25 der Verhältnisse darzulegen, bedarf es nicht eines gebetsmühlenartig wiederholten  
26 Reform-Optimismus, sondern einer einfachen, kleinen Erhöhung des Lebensstandards und  
27 der für alle Schichten greifbaren sozialen Gerechtigkeit.
- 28 Als erste „Maßnahme“ sind die Menschen ohne Arbeit nicht verächtlich als  
29 problematische Ausnahmeerscheinung (sogenannte „Bedürfnisträger“) zu markieren,  
30 sondern, wie die ausgeweitete persönliche Betreuung es jetzt will, diesen durch eine  
31 bereitwillige staatliche Fürsorge zu helfen, von der Gesellschaft nicht als parasitäre  
32 Zumutung betitelt zu werden.
- 33 Für die Freibeträge von ALG-II-Antragstellern müssen weiterhin großzügige  
34 Rahmenrichtlinien gelten, die zuerst fallorientiert die lokale Identität im Blickpunkt haben.  
35 Materielle Zuschnitte bei üppigem, flexiblem Vermögen muss es klar geben (auch um eine

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 gewisse Gleichheit der Sachlage verschiedener Anspruchsberechtigter zu gewährleisten).  
2 Dennoch muss Wohlstand bei der Bemessung unverkennbar von identitätsstiftendem,  
3 Biografie und Wesen des Antragstellers berücksichtigendem Eigentum unterschieden  
4 werden, um existenzielle Not zu verhindern.

5 Zumutbarkeitskriterien sollen genauso behandelt werden. Bei Arbeitslosen, die ihre lokal  
6 aufgebaute Existenz abbrechen müssen, nur um weiterhin materiell existieren zu dürfen,  
7 kann das menschenverachtende Züge annehmen. Bei einer Quote freier Stellen zu  
8 Arbeitssuchenden von 1:10 ist das Selbstverständlichkeit.

9 Ein ALG-II-Empfänger mit 700 Euro für Wohnung und Lebensunterhalt und der für 320  
10 Euro (also zwei Euro die Stunde) monatlich voll arbeiten geht, kommt auf ein „Gehalt“  
11 von 1020 Euro. Dieser Betrag liegt eindeutig über einer reinen Absicherung des  
12 Existenzminimums und gibt den sich Engagierenden eine Möglichkeit, auch über die  
13 finanzielle Vergütung, eine reale Wertschätzung für die geleistete Arbeit zu erfahren.  
14 Ebenso würde dieses gering gestiegene Entgelt gegenüber pauschalen Ein-Euro-Jobs den  
15 „Ruch der Zwangsarbeit“ nehmen.

16 Eine zeitliche Begrenzung sollte bei jedem, auf diese Art bereitgestellten Arbeitsplatz  
17 gesondert betrachtet werden. Qualitativ anspruchsvolle und vielseitige Stellen, wie  
18 Betreuung in Jugendclubs und Bibliotheken, können nicht ohne gewissenhaft aufgebaute  
19 Strukturen zu zerstören, alle neun Monate neu besetzt werden.

20

---

21 Notizen während der Debatte:

22

23

24

25

26

27

28

29 Abstimmungen:                    Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_

30 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



- 1 Antrag: **W4**  
2 Antragsteller: KV Quedlinburg  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
4 Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

## 5 **Für mehr Transparenz in der Wirtschaft** 6 **und gegen Verflechtung von Interessen**

- 7 1. Wir fordern eine gesetzliche Begrenzung der Aufsichtsratsposten für Topmanager auf  
8 zwei Mandate.  
9 2. Weiterhin sollen Mitglieder der Vorstände dazu verpflichtet werden, etwaige  
10 Firmenaktien erst nach ihrem Ausscheiden zu veräußern.  
11 3. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, fordern wir, dass auch der Einfluss der Banken,  
12 die häufig als Kreditgeber und Aufsichtsrat fungieren, verringert wird. Hierzu sollen die  
13 Bankenvertreter bei Entscheidungen über eine Kreditvergabe Stimmverbot erhalten.  
14 4. Wir fordern eine grundsätzliche Offenlegung der Gehälter von Mitgliedern des  
15 Vorstandes und des Aufsichtsrates von Unternehmen.  
16 5. Über die Höhe der Gehälter und Abfindungen soll zukünftig die Hauptversammlung  
17 der Aktionäre entscheiden.

18 **Begründung:** erfolgt mündlich

19

20 Notizen während der Debatte:

21

22

23

24

25 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

26 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

- 1 Antrag: **W5**  
2 Antragsteller: KV Aschersleben-Staßfurt  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

4 Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, Landesparteitag, Bundesparteitag:

## 5 **Spitzensteuersatz erhöhen**

6 Wir fordern die Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion und speziell die SPD-  
7 Bundestagsabgeordneten Sachsen-Anhalts dazu auf den Spitzensteuersatz nicht weiter  
8 abzusenken.

### 9 **Begründung:**

10 Wenn man soziale Einschnitte mit der Begründung leerer Kassen vornimmt und  
11 gleichzeitig die Vielverdiener entlastet, statt sie in gebührender Weise, d.h.  
12 überproportional an der Finanzierung von Zukunftsinvestitionen zu beteiligen, macht man  
13 sich unglaublich. Des weitern können wir mit den Mitteln des Steuerdumpings wohl  
14 unmöglich mit den zahlreichen Steueroasen konkurrieren; dazu wäre gar ein  
15 Spitzensteuersatz von 35% völlig ungeeignet. Ebenso konnte bis zum heutigen Tage nicht  
16 eine einzige wissenschaftliche Studie einen signifikanten Zusammenhang zwischen einer  
17 hohen Abgaben- oder Staatsquote und wirtschaftlichem Misserfolg nachweisen.

18 Bei Weiterleitung an Bundesgremien sind die sachsen-anhaltischen  
19 Bundestagsabgeordneten nicht gesondert zu erwähnen.

20

---

21 Notizen während der Debatte:

22

23

24

25

26 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

27 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt

09./10. Oktober 2004

BAJ Magdeburg



- 1 Antrag: **W6**
- 2 Antragsteller: KV Quedlinburg
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Für eine gerechte Steuerreform**

5 Die Jusos Sachsen- Anhalt sprechen sich für die Beibehaltung eines linearen progressiven  
6 Steuertarifes aus. Modelle mit wenigen oder gar nur einem Steuersatz für alle, bei  
7 gleichzeitigem Subventionsabbau und Kürzung der Unterstützungen zur Lebensführung,  
8 lehnen wir strikt ab.

### 9 **Begründung:**

10 Ein linear progressiver Steuertarif ist am besten geeignet, einen sozialen Ausgleich  
11 zwischen den unterschiedlichen Einkommensklassen zu organisieren. Ein Steuermodell,  
12 wie es etwa von der Opposition vertreten wird – man denke nur an die Steuererklärung  
13 auf dem Bierdeckel - , führt nachgewiesenermaßen zu einer Entlastung von Beziehern  
14 mittlerer und höherer Einkommen. Normalverdiener oder Familien mit mehreren Kindern  
15 würden bei der Realisierung dieser Vorschläge finanziell schlechter gestellt. So würde  
16 nach der Umsetzung des „Merz-Modells“ das Nettoeinkommen eines ledigen  
17 Arbeitnehmers mit hohem Einkommen um satte 11,2% steigen, wohingegen eine  
18 Arbeitnehmerfamilie (2 Kinder) mit mittlerem Einkommen einen Verlust von 1,2%  
19 hinnehmen müsste. Dies darf nicht das Ziel sozialdemokratischer Steuerpolitik sein.

20 Des weiteren hätte die Einführung solcher Modelle zur Folge, dass durch den Wegfall  
21 vieler Subventionen sowie infolge der zu erwartenden Mindereinnahmen, die  
22 Möglichkeiten des Staates zur Schaffung eines sozialen Ausgleichs stark beschnitten  
23 würden. Ein Steuermodell, infolge dessen die Solidarität auf dem Altar des  
24 gesellschaftlichen Wettbewerbs geopfert wird, werden wir unter keinen Umständen  
25 unterstützen.

26

---

27 Notizen während der Debatte:

28

29

30 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt: \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

31 Weitergeleitet an: \_\_\_\_\_



# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



- 1 Antrag: **W7**
- 2 Antragsteller: KV Quedlinburg
- 3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 4 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag:

## 5 **Verbot einer Kinder ansprechenden Werbung**

- 6 Die Landesverbände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der  
7 Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen in der SPD Sachsen-Anhalt setzen sich mit  
8 den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für ein EU-weites Verbot von Werbung aus,  
9 die sich an Kinder richtet.

10 **Begründung:** erfolgt mündlich

11

---

12 Notizen während der Debatte:

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

24 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004  
BAJ Magdeburg



1 Antrag: **W8**

2 Antragsteller: SV Halle

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Förderung des Boule-Sports in Sachsen-Anhalt**

5 Die Jusos Sachsen-Anhalt setzen sich für die Förderung des Boule-Sports in Sachsen-  
6 Anhalt ein. Wir fordern die Einrichtung eines nationalen Leistungszentrums für diesen  
7 Sport in Sachsen-Anhalt.

### 8 **Begründung:**

9 Die Förderung von kleineren Sportarten ist sinnvoller als der Versuch, in allen Bereichen  
10 des internationalen und nationalen Sports an der Spitze mitzuspielen. Kleinere Sportarten  
11 bieten ein größeres Potential, ein individuelles Profil zu entwickeln. Der Boule-Sport in  
12 Sachsen-Anhalt ist dabei, sich eine feste Position zu sichern. Unter anderem wird im  
13 Rahmen eines Stadtjubiläums ein großes Turnier stattfinden.

14

---

15 Notizen während der Debatte:

16

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

25 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_

# Wandel erkennen - Zukunft sichern!



Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Sachsen-Anhalt  
09./10. Oktober 2004



BAJ Magdeburg

1 Antrag: **B 12**

2 Antragsteller: KV Jerichower Land

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

## 4 **Moderne Qualitätssteigerung und Qualitätssicherung** 5 **an den Schulen**

6 Die Jusos Sachsen-Anhalt setzten sich für landesweite Vergleichsarbeiten an den  
7 allgemein bildenden Schulen Sachsens-Anhalts ein. Die den Schulen zufließenden  
8 Haushaltsmittel sollen in Zukunft zu einem bestimmten Maße an die Ergebnisse der  
9 Vergleichstests gebunden werden.

10 Zur Schaffung einer echten Schulautonomie soll es den Schulen erlaubt sein, über die  
11 ihnen zufließenden Gelder frei zu verfügen. Insbesondere die Neueinstellung von Lehrern  
12 soll der Schule selbst vorbehalten sein.

13 **Begründung:** erfolgt mündlich

14

15

---

16 Notizen während der Debatte:

17

18

19

20

21

22

23

24 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:\_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

25 Weitergeleitet an:\_\_\_\_\_